

SAARLAND IN ZAHLEN

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN AMT DES SAARLANDES

1969

Februar

Sonderheft 56

(Statistischer Bericht F II 11 - hj/1967)

Wohngeld 1964 bis 1967

V O R W O R T

Die teilweise Eingliederung des Wohnungswesens in die allgemeine Marktwirtschaft brachte – wie vorauszusehen – für bestimmte Schichten der Bevölkerung gewisse soziale Härten, die vom Gesetzgeber wiederum durch entsprechende Leistungen ausgeglichen werden mussten. Als solche Unterstützungsmassnahmen sind das Gesetz über die Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963 und die spätere Neufassung vom 23. März 1965 (Wohngeldgesetz) anzusehen.

Da im Einzelfall die finanzielle Höhe des Lastenausgleichs und schliesslich auch der zahlenmässige Kreis der „Nutzniesser“ von wandelbaren Zeitfakten abhängig sind, benötigt der Gesetzgeber für seine Analysen in ständiger Folge statistische Daten über die finanzielle Gesamtauswirkung des Gesetzes und über die Sozialstruktur der Antragsteller wie Wohnverhältnisse, Einkommensschichtung, effektive Miet bzw. Wohnbelastung usw. Im „Wohngeldgesetz“ sind daher bereits statistische Beobachtungen und Auswertungen angeordnet.

Vorliegende Schrift bringt erstmalig für das Saarland Ergebnisse dieser gesetzlich angeordneten Statistik, wobei einerseits der Anschluss an die Wohnbeihilfen des Jahres 1964 gewahrt, andererseits in der textlichen Darstellung vornehmlich die Verhältnisse des Jahres 1967 aufgezeigt wurden.

Der Entwurf zu dieser Veröffentlichung wurde in der von Regierungswirtschaftsrat Alois Sproß geleiteten Abteilung „Finanzen, Steuern, Sozialwesen“ von dem Reg.-Angestellten Felix König erstellt.

Saarbrücken, im Februar 1969

Statistisches Amt
des Saarlandes

Dr. Götz

INHALTSÜBERSICHT

Textteil	Seite
A. Vorbemerkungen	9
B. Begriffsbestimmungen	10
C. Ergebnisse	11
1. Gesamtübersicht	11
2. Finanzielle Auswirkung	13
3. Soziale Lage der Wohngeldempfänger im Jahre 1967	15
4. Monatliche Wohngeldquote	16
5. Wohnverhältnisse und Mietbelastung der Wohngeldempfänger.....	17
a) Wohnverhältnisse	
b) Mietbelastung	
6. Auswirkungen der festgelegten begrenzenden Bestimmungen	19

Tabellenteil

1. Empfänger von Wohngeld nach anrechenbarem (bereinigtem) Familieneinkommen, Haushaltsgrösse und sozialer Stellung am 31. 12. 1967	22
2. Empfänger von Wohngeld nach anrechenbarem Familieneinkommen, Haushaltsgrösse und Höhe des Wohngeldes am 31. 12. 1967	24
3. Empfänger von Mietzuschuss nach Höhe des Wohngeldes, nach Haushaltsgrösse und Familieneinkommen am 31. 12. 1967	26
4. Empfänger von Lastenzuschuss nach Höhe des Wohngeldes, nach Haushaltsgrösse und Familieneinkommen am 31. 12. 1967	28
5. Empfänger von Wohngeld nach der Höhe des Wohngeldes nach Kreisen am 31. 12. 1967	30
6. Empfänger von Wohngeld nach Baualter, Finanzierungsart und Ausstattung der Wohnung am 31. 12. 1967	31
7. Tatsächliche Belastung der Wohnungen von Wohngeldempfängern in Verbindung mit der Obergrenze am 31. 12. 1967	32
8. Empfänger von Wohngeld nach Wohngeldart sowie nach Baualter, Finanzierungsart und Grösse der Wohnung am 31. 12. 1967	33
9. Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgrösse und Grösse der Wohnung am 31. 12. 1967	34
10. Empfänger von Mietzuschuss nach Haushaltsgrösse, Grösse, Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967	35
11. Empfänger von Lastenzuschuss nach Haushaltsgrösse, Grösse, Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967	36
12. Empfänger von Wohngeld nach Baualter, Finanzierungsart und qm-Miete / Belastung der Wohnung am 31. 12. 1967	37
13. Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieneinkommens der Wohngeldempfänger am 31. 12. 1967	38
14. Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieneinkommens der Mietzuschussempfänger nach Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967	39
15. Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieneinkommens der Lastenzuschussempfänger nach Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967	40
16. Belastungsgrad der Wohngeldempfänger vor und nach der Gewährung von Wohngeld am 31. 12. 1967	41

ZEICHENERKLÄRUNG

- = Null (nichts)
- 0 oder 0,0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht zur Darstellung gebracht werden kann.
- . = Angaben können nicht gemacht werden, weil der Nachweis fehlt.
- .. = die Voraussetzungen für die betreffende Fragestellung sind nicht gegeben.

Durch Abrundungen, besonders der Verhältniszahlen, kann es vorkommen, dass die Summe der Einzelwerte nicht genau mit der Gesamtsumme übereinstimmt.

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

Textteil

A. VORBEMERKUNGEN

Mit dem Gesetz über den Abbau der Wohnungswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960 (BGBl. I, S. 389) schuf man angemessene Bedingungen für die schrittweise Eingliederung des Wohnungswesens in die Marktwirtschaft. Gleichzeitig wurde Vorsorge getroffen, um die bei der Durchführung des Gesetzes auftretenden sozialen Härten durch Gewährung verschiedenartiger Wohnbeihilfen zu beheben. Insbesondere sollten die anfallenden Mietpreiserhöhungen auch für die sozial schwachen Bevölkerungsschichten tragbar gemacht werden. Genaue Bestimmungen über Wohnbeihilfen brachte das Gesetz vom 29. Juli 1963 (BGBl. I, S. 508), das am 23. März 1965 (BGBl. I, S. 140) geändert und am 1. April 1965 in einer Neufassung als "Wohngeldgesetz" im BGBl. I, S. 178 veröffentlicht wurde. Das soziale Kriterium blieb erhalten, wenn man auch statt des Wortes "Beihilfe" nunmehr die Bezeichnung "Miet- bzw. Lastenzuschüsse" wählte. Neben dieser formalen Änderung brachte aber die Neuregelung noch wesentlich verbesserte materielle und verfahrensrechtliche Vorschriften, die sowohl den Mietern als auch den Eigentümern zugute kommen. Hier im Saarland wirkte sich dies besonders für Eigentümer von Eigenheimen aus, weil durch das Änderungsgesetz für diesen Personenkreis früher hemmende Bestimmungen aufgehoben wurden.

Ab 1. April 1965 gibt es nur noch ein einheitliches Wohngeld für Eigentümer und Mieter in schwarzen und weissen Kreisen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Alt- und Neubauwohnungen, öffentlich geförderte, steuerbegünstigte oder um freifinanzierte Wohnungen handelt. Auch die verfahrensrechtlichen Vorschriften

wurden vereinfacht und die materiell-rechtlichen Bestimmungen erheblich verbessert. Dem Charakter nach ist das Wohngeld ein staatlicher Zuschuss, durch den für jeden Haushalt der notwendige Wohnraum wirtschaftlich gesichert werden soll. Die Aufwendungen werden je zur Hälfte vom Bund und Land getragen.

Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen entsteht ein Rechtsanspruch auf diesen Zuschuss. Im Saarland sind für die Antragstellung die Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister, in den amtsangehörigen Gemeinden die Amtsvorsteher zuständig. Am 31. Dezember 1967 gab es hier 103 Bewilligungsstellen. Gemäss § 45 des Wohngeldgesetzes ist eine halbjährige Statistik durchzuführen. Aufbereitet werden die Durchschriften der für den Bewilligungsbescheid erforderlichen Bearbeitungsblätter und Lochkarten, sofern die Bewilligungsstellen die Bearbeitung durch elektronische Anlagen erledigen lassen. Infolge verschiedenartiger Datenverarbeitungssysteme traten Schwierigkeiten auf, die Zug um Zug bereinigt wurden. Abweichungen gegenüber anderen Veröffentlichungen sind durch Berichtigungen bedingt. Im nachfolgenden Bericht wird erstmals nach Inkrafttreten des Änderungsgesetzes über das Ausmass der "Wohngeldaktion" berichtet. Neben einer rein zahlen- und wertmässigen Betrachtung wurde versucht, auch nach soziologischen Gesichtspunkten eine analytische Auswertung vorzunehmen. In Zukunft wird die vom Gesetzgeber angeordnete Statistik als Zahlenübersicht halbjährlich und in Verbindung mit einem entsprechenden Kommentar jährlich veröffentlicht.

B. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Wohngeld

Das Wohngeld ist ein Sammelbegriff für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz vom 1. 4. 1965 (BGBl. I, S. 178).

Antragsberechtigt sind:

a) für Mietzuschuss

Mieter (Haupt- und Untermieter), ihnen vergleichbare Nutzungsberechtigte (z. B. bei einem genossenschaftlichen Nutzungsvertrag, mietähnlichen Dauerwohnrecht), auch Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, der eine Wohnung seines Hauses selbst bewohnt, während für den

b) für Lastenzuschuss

Eigentümer eines Eigenheimes, einer Kleinsiedlung oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbstelle, Eigentümer einer Eigentumswohnung und Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts antragsberechtigt sind; ferner auch derjenige, der Anspruch auf Übereignung eines Gebäudes oder eines Rechts der genannten Art hat, für die eigengenutzte Wohnung (§ 6 Wohngeldgesetz).

Familieneinkommen (bereinigtes Einkommen)

Gesamtbetrag, der von allen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern – bei Alleinstehenden deren Jahreseinkommen – in Geld oder Geldwert erzielt wird. Davon sind gewisse im Gesetz bestimmte Beträge abzuziehen.

Das monatliche Familieneinkommen ist der zwölfte Teil des Familieneinkommens im Jahr (§ 15 Wohngeldgesetz).

Wohnfläche (§ 13 Wohngeldgesetz)

Die Bewilligungsstelle setzt im Einzelfall die von den zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern für Wohnzwecke benutzte, höchstens jedoch die benötigte Wohnfläche fest, wobei

die Behörde an die im Gesetz aufgeführte Quadratmeterzahl gebunden ist. Weitere Wohnfläche, die ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied infolge bestimmter Gesundheitsschäden benötigt, wird zuerkannt (Sonderbedarf § 13, Ziffer 4 und 5).

Miete

Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum auf Grund von Mietverträgen oder ähnlichen entgeltlichen Nutzungsverhältnissen einschl. Umlagen, Zuschlägen und Vergütungen. Ausser Betracht bleiben Nebenkosten sowie nicht allgemein übliche Nebenleistungen (§ 11 (2) Wohngeldgesetz).

Belastung

Aufwendungen für den Kapitaldienst und die Bewirtschaftung nach Massgabe der Lastenberechnung (§ 12 Wohngeldgesetz).

Belastungsgrad

Wohnungsentgelt in % des Familieneinkommens.

Quadratmeter – Miete / Belastung

Teilbetrag der Miete / Gesamtbelastung, der auf einen Quadratmeter Wohnfläche entfällt.

Tragbare Belastung / Miete

Ein bestimmter Anteil am Familieneinkommen, der nach der Zahl der Familienmitglieder und der Höhe ihres Einkommens prozentual gestaffelt ist (zumutbare Belastung § 10 Wohngeldgesetz).

Obergrenze

Um zu vermeiden, dass öffentliche Mittel für unverhältnismässig und unangemessen hohes Wohnungsentgelt in Anspruch genommen werden, sind gemäss §§ 14, 43 Wohngeldgesetzes Obergrenzen festgesetzt, wobei die Ortsklasse sowie das Baualter und die Aus-

stattung der Wohnung entsprechend berücksichtigt werden. Für öffentlich geförderte Wohnungen wird im Saarland die Kostenmiete zugrunde gelegt, die im Bewilligungsbescheid des Ministeriums des Innern – Oberste Landesbaubehörde – festgesetzt ist (§ 56 Wohngeldgesetz).

Kappung

Darunter versteht man die Begrenzung der Höhe des Wohngeldes auf im Wohngeldgesetz festgelegte, durch Familieneinkommen und Haushaltsgrösse bestimmte Prozentsätze der zu berücksichtigenden Miete / Belastung.

Bewilligungszeitraum

Das Wohngeld wird in der Regel für 12 Monate gewährt. Wird im laufenden Bewilligungszeitraum auf Antrag das Wohngeld erhöht, so beginnt damit ein neuer Bewilligungszeitraum (§§ 34, 38 Wohngeldgesetz).

Erhöhung

Wenn sich die Voraussetzungen beim Wohn-

geldempfänger geändert haben, wird auf Antrag höheres Wohngeld neu bewilligt; bei Einkommensänderung jedoch nur, wenn sich das Familieneinkommen um mehr als 15 % verringert hat. Trotz veränderter Verhältnisse des Empfängers während des Bewilligungszeitraumes wird dagegen das Wohngeld nicht gekürzt (§ 38 Wohngeldgesetz).

Weitergewährung

Der Antrag auf Weitergewährung des Wohngeldes muss nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes rechtzeitig gestellt werden (§ 37 Wohngeldgesetz).

Einstellung (einschl. Rückforderungen)

Sind die für die Gewährung des Wohngeldes notwendigen Voraussetzungen (Wohnraumverhältnis) nicht mehr gegeben, werden die Wohngeldzahlungen von Amts wegen eingestellt, auch vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes (§§ 36, 39 Wohngeldgesetz).

C ERGEBNISSE

I. Gesamtübersicht

Im Spätherbst 1963 wurden im Saarland die ersten Wohnbeihilfen aufgrund des Gesetzes über die Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963 (BGBl. I, S. 508) gewährt. Nähere Angaben über die in der Zeit vom November 1963 bis zum 31. Dezember 1964 bewilligten Miet- und Lastenbeihilfen sind im Statistischen Bericht des Landesamtes F II 11 – j 64 vom 10. Juni 1965 enthalten.

Bis Ende 1964 lagen bei den Bewilligungsstellen rund 4000 Wohnbeihilfeanträge vor, von

denen 88 % bis zum Jahresschluss bearbeitet werden konnten. Beinahe drei Fünftel der erledigten Anträge waren erstmalige Bewilligungen.

Das wesentlich verbesserte Wohngeldgesetz vom 1. April 1965 (BGBl. I, S. 178) brachte eine völlig andere Situation sowohl für die Mieter als auch für die Eigentümer von Wohnungen. Miet- und Lastenzuschüsse hatten nunmehr die gleichen Voraussetzungen. Zwangsläufig musste daher in der Folgezeit die Zahl der Anträge auf Gewährung von Lastenzuschüssen

**Bearbeitungsfälle 1)
1964, 1965, 1966 und 1967**

Art des Wohngeldes 2)	Bearbeitungsfälle					
	insgesamt		erledigte Fälle		darunter erstmals bewilligt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1964 3)						
Mietbeihilfe	3 357	89,5	3 016	89,8	1 819	60,3
Lastenbeihilfe	394	10,5	303	76,9	126	41,6
Zusammen	3 751	100,0	3 319	88,5	1 945	58,6
1965						
Mietzuschuss	13 163	61,7	8 749	66,5	3 332	38,1
Lastenzuschuss	8 168	38,3	5 579	68,3	2 041	36,6
Zusammen	21 331	100,0	14 328	67,2	5 373	37,5
1966						
Mietzuschuss	17 002	61,8	15 072	88,6	5 920	39,3
Lastenzuschuss	10 513	38,2	9 632	91,6	4 118	42,8
Zusammen	27 515	100,0	24 704	89,8	10 038	40,6
darunter: 1. Halbjahr 1966						
Mietzuschuss	9 734	58,4	8 451	86,8	3 666	43,4
Lastenzuschuss	6 939	41,6	6 380	91,9	2 790	43,7
Zusammen	16 673	100,0	14 831	88,9	6 456	43,5
2. Halbjahr 1966						
Mietzuschuss	7 268	67,0	6 621	91,1	2 254	34,0
Lastenzuschuss	3 574	33,0	3 252	91,0	1 328	40,8
Zusammen	10 842	100,0	9 873	91,1	3 582	36,3
1967						
Mietzuschuss	18 603	59,4	15 777	84,8	4 271	27,1
Lastenzuschuss	12 729	40,6	10 156	79,8	2 346	23,1
Zusammen	31 332	100,0	25 933	82,8	6 617	25,5
darunter: 1. Halbjahr 1967						
Mietzuschuss	8 278	57,8	6 913	83,5	1 927	27,9
Lastenzuschuss	6 049	42,2	4 500	74,4	1 131	25,1
Zusammen	14 327	100,0	11 413	79,3	3 058	26,8
2. Halbjahr 1967						
Mietzuschuss	10 325	60,7	8 864	85,8	2 344	26,4
Lastenzuschuss	6 680	39,3	5 656	84,7	1 215	21,5
Zusammen	17 005	100,0	14 520	85,4	3 559	24,5

1) Abweichungen gegenüber anderen Veröffentlichungen infolge Berichtigung. — 2) Vor dem 1. 4. 1965 Miet-Lastenbeihilfe. — 3) Von November 1963 bis 31. Dezember 1964.

erheblich stärker ansteigen als diejenige auf Mietzuschuss.

Während im ersten Jahr der gesetzlichen Neuregelung nur zögernd von dieser Unterstützungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wurde, liessen das steigende Miet- und Lastenniveau und nicht zuletzt eine breitangelegte Aufklärungsaktion innerhalb der Bevölkerung die Bearbeitungsfälle bald beträchtlich ansteigen. Bereits 1965 wurden fünfmal mehr Wohngeldanträge gestellt als im Vorjahr. Zwei Drittel der rund 21 000 Neuanmeldungen konnten noch im gleichen Jahr bearbeitet werden. Von den 14 300 erledigten Fällen waren 37,5 % erstmalige Bewilligungen und 17,4 % Weitergewährungen, während rund 42 % der bearbeiteten Anträge abgelehnt wurden. Rund 7 000 Vorgänge mussten noch ins neue Jahr als unerledigt übernommen werden, so dass sich die Bearbeitungsmasse 1966 auf 27 500 Fälle erhöhte.

Trotz dieser erheblichen Arbeitsanhäufung bei den Bewilligungsstellen wurden rund 25 000 (90 % aller vorliegenden Anträge) entschieden. Davon waren 41 % bewilligte Erstanträge und 37 % Weitergewährungen. Bei 4 500 (18,3 %) lagen die Voraussetzungen zur Gewährung von Wohngeld nicht vor. Nachdem im Jahre 1965 die höchste Ablehnungsquote (42 %) zu verzeichnen war, ging sie – wohl als Folge laufender Aufklärung – stetig zurück und erreichte im zweiten Halbjahr 1967 mit 11,0 % den bisher niedrigsten Stand. In der letzten Periode meldeten die Bewilligungsstellen 17 000 Bearbeitungsfälle, darunter noch rund 3 000 aus dem ersten Halbjahr 1967. Von den 14 520 erledigten Fällen (85,4 % aller im Berichtszeitraum vorliegenden Anträge) waren 24,5 % erstmalige Genehmigungen, 61,8 % Weitergewährungen.

Die Zahl der Erhöhungen (§ 38 WoGG) sowie der Einstellungen einschl. Rückforderungen

war zwar von Jahr zu Jahr unterschiedlich, jedoch relativ gering. Während man im ersten Halbjahr 1966 noch 263 Einstellungen ermittelte, waren es im zweiten Halbjahr 1967 nur noch 151.

Wie stark das Änderungsgesetz den Kreis der Beteiligten beeinflusste, zeigt folgende Zahlenreihe: Am Jahreschluss 1964 gab es im Saarland 1657 Wohngeldempfänger, am 31. Dezember 1966 waren es bereits 11 138 und Ende 1967 sogar 12 777; das sind 1 639 (14,7 %) mehr als am Jahresende 1966 und 3 127 (+ 32,4 %) mehr als am 30. Juni 1967. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Bewilligungsstellen in Fällen, bei denen voraussichtlich das Wohngeld nur für eine kurze Zeit zu gewähren ist, nicht den ganzjährigen, sondern lediglich einen begrenzten Bewilligungszeitraum festsetzen.

2. Finanzielle Auswirkung

Im zweiten Halbjahr 1967 betrug der monatliche Wohngeldanspruch insgesamt 742 000,- DM, im Durchschnitt je Fall etwa 58,- DM, wobei der Mietzuschuss mit 51,76 DM deutlich weniger ausmachte als der Lastenzuschuss. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich in der letzten Zeit die Monatsraten merklich vergrößert. Von der monatlichen Durchschnittsquote gingen rund 416 000,- DM oder 56 % des Anspruches an Empfänger von Mietzuschuss.

Die finanziellen Gesamtauswirkungen des Wohngeldgesetzes verdeutlichen nachfolgende Zahlen: Von November 1963 bis Ende 1967 wurden insgesamt 22,8 Mill. DM für diesen Zweck verausgabt, darunter 12,9 Mill. DM (56,6 %) als Mietzuschuss. Nach den Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen beliefen sich die Auszahlungen im ersten und zweiten Halbjahr 1967 auf 4,8 bzw. 4,7 Mill. DM gegenüber rund 5 bzw. 4,7 Mill. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit werden heute halbjährlich mehr Mittel bereitgestellt als 1965 noch

Wohngeldempfänger, -anspruch und gezahltes Wohngeld 1)
1964, 1965, 1966 und 1967

Art des Wohngeldes 2)	Bestand an Wohngeldempfängern				Gezahltes Wohngeld 3)	
	insgesamt		mit monatlichem Wohngeldanspruch		zusammen	pro Kopf der Bevölkerung 4)
			zusammen	im Durchschnitt je Fall		
	Anzahl	%	1 000 DM	DM	1 000 DM	DM
31. 12. 1964 5) a)					- 1964 -	
Mietbeihilfe	1 556	93,9	26,9	40,21	572,3	0,51
Lastenbeihilfe	101	6,1	2,7	50,94	48,0	0,05
Zusammen	1 657	100,0	29,6	41,00	620,3	0,56
31. 12. 1965					- 1965 -	
Mietzuschuss	3 070	61,8	148,7	48,44	1 880,3	1,67
Lastenzuschuss	1 897	38,2	103,3	54,45	1 089,2	0,97
Zusammen	4 967	100,0	252,0	50,73	2 969,5	2,64
30. 6. 1966					- 1966 -	
Mietzuschuss	4 658	63,3	230,7	49,53	5 355,9	4,73
Lastenzuschuss	2 699	36,7	168,8	62,54	4 368,4	3,86
Zusammen	7 357	100,0	399,5	54,30	9 724,3	8,59
31. 12. 1966					dar. : 2. Halbjahr 1966	
Mietzuschuss	7 238	65,0	350,4	48,41	2 663,9	2,35
Lastenzuschuss	3 900	35,0	244,5	62,69	2 081,7	1,83
Zusammen	11 138	100,0	594,9	53,41	4 745,7	4,19
30. 6. 1967					- 1967 -	
Mietzuschuss	6 074	62,9	315,0	51,86	5 091,2	4,50
Lastenzuschuss	3 576	37,1	240,7	67,31	4 348,1	3,84
Zusammen	9 650	100,0	555,7	57,59	9 439,3	8,34
31. 12. 1967					dar. : 2. Halbjahr 1967	
Mietzuschuss	8 037	62,9	416,0	51,76	2 449,0	2,16
Lastenzuschuss	4 740	37,1	325,7	68,72	2 231,5	1,97
Zusammen	12 777	100,0	741,7	58,05	4 680,5	4,13

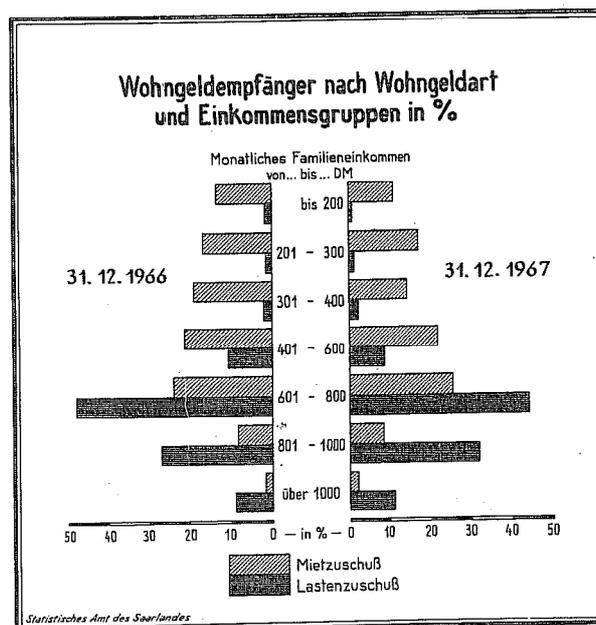
1) Abweichungen gegenüber anderen Veröffentlichungen infolge Berichtigung. - 2) Vor dem 1.4.1965 Miet-Lastenbeihilfe. - 3) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen. - 4) Jahresmitte (30.6.). - 5) Von November 1964 - a) bei erstmaliger Bewilligung,

fürs ganze Jahr bewilligt wurden (3 Mill. DM). Der enorme Anstieg dürfte weitgehend als Folge aufklärender Unterrichtung der Bevölkerung durch eine Reihe von Institutionen anzusehen sein. Darüber hinaus dürfte das steigende Lasten- und Mietniveau eine gravierende Rolle spielen, wodurch sich erst bei einer Reihe von Mietern und Eigenheimbesitzern die rechtliche Voraussetzung zu einem Zuschuss ergeben. Der von Jahr zu Jahr sich vergrößernde Aufwand für Wohngeld ist auch aus den Quoten pro Kopf der Bevölkerung deutlich erkennbar. Während im Saarland noch 1965 die Pro-Kopf-Belastung bei 2,64 DM lag, erreichte sie im ersten und zweiten Halbjahr 1967 bereits eine Höhe von 4,20 bzw. 4,13 DM. Entsprechend der Neufassung des Wohngeldgesetzes mit seinen Erleichterungen für Eigenheimbesitzer veränderte sich ab 1965 das Verhältnis von Lasten- und Mietzuschuss entscheidend. Im Abrechnungszeitraum 1964, also vor der Änderung des Gesetzes, waren nur 8 % der Aufwendungen Lastenbeihilfe, bis 1966 stieg die Quote bereits auf fast 45 % und im Jahre 1967 sogar auf 46 %, obwohl in den beiden letzten Zeiträumen die Lastenzuschussempfänger mit nur 35 bzw. 37 % an der Gesamtzahl aller Wohngeldempfänger beteiligt waren.

3. Soziale Lage der Wohngeldempfänger im Jahre 1967

Am 31. 12. 1967 gab es im Saarland 12 777 Wohngeldempfänger; das waren knapp 15 % mehr als zur gleichen Vorjahreszeit. Am Zuwachs waren im wesentlichen die Alleinstehenden sowie die Haushalte mit vier und mehr Familienangehörigen beteiligt, wodurch die zahlenmässige Spitze der Haushalte mit 5 und mehr Familienmitgliedern unter den Wohngeldempfängern noch ausgeprägter wurde. Beim speziellen Lastenzuschuss betrug der Anteil dieser Gruppe 1967 rund 53 %. Nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen des

Bundes bezogen Ende 1966 im Bundesdurchschnitt neun Zehntel aller Wohngeldempfänger Mietzuschuss. Im Saarland hingegen bestand ein weitaus ausgewogeneres Verhältnis zwischen den beiden Wohngeldarten; hier erhielten lediglich 65 % aller Wohngeldempfänger Mietzuschuss, was darauf hindeutet, dass im Saarland infolge eines stärkeren Eigenheimbesitzes bei zugleich relativ niedrigeren Durchschnittseinkommen mehr Personen Ansprüche auf Lastenzuschuss stellen können als dies in den anderen Bundesländern möglich ist. Von den 2 574 Alleinstehenden Bezugsberechtigten waren am 31. 12. 1967 mit einem Anteil von 96 % Mieter. Sie bildeten seit Jahren mit über 30 % die stärkste Gruppe unter den Empfängern von Mietzuschüssen, gefolgt von den Haushalten mit 5 und mehr Personen mit stark einem Fünftel. Der Anteil der kleinen Haushalte mit 2 bis 4 Personen machte jeweils fast ein Sechstel aller Mietzuschussempfänger aus.



Interessante Einblicke in die Sozialstruktur der Wohngeldempfänger vermittelt eine Aufgliederung nach Einkommensgruppen, und zwar hier als Familieneinkommen in der Definition des Wohngeldgesetzes. Danach hatten rund

ein Drittel sämtlicher Wohngeldempfänger ein monatliches Familieneinkommen von 600- bis 800 DM. Auch in einer separaten Betrachtung bleibt diese Spanne für beide Zuschussarten – wengleich mit unterschiedlichem Gewicht – dominierend. Setzt man das 600 DM Einkommen als mehr oder minder willkürlich gezogene Grenze, so wird der unterschiedliche Personenkreis von Miet- und Lastenzuschuss instruktiv sichtbar. Während nur stark ein Drittel der Mietzuschussempfänger über ein monatliches Einkommen von mehr als 600 DM verfügten, sind es bei den Empfängern von Lastenzuschuss rund neun Zehntel, wobei die Grössenklasse von 1 000 DM und mehr noch mit über 10 % besetzt ist. Entsprechend schwach sind die unteren Spannen geschichtet. Bei den Berechtigten für Mietzuschuss hatten dagegen über ein Viertel nur ein Monatseinkommen bis 300 DM. Die Analogquote beim Lastenzuschuss lag bei 2,2 %. Abgerundet wird das Bild über die Sozialstruktur durch eine Gliederung nach der sozialen Stellung des berechtigten Personenkreises. Ende 1967 waren beinahe die Hälfte aller Wohngeldempfänger Arbeiter, ein Zehntel

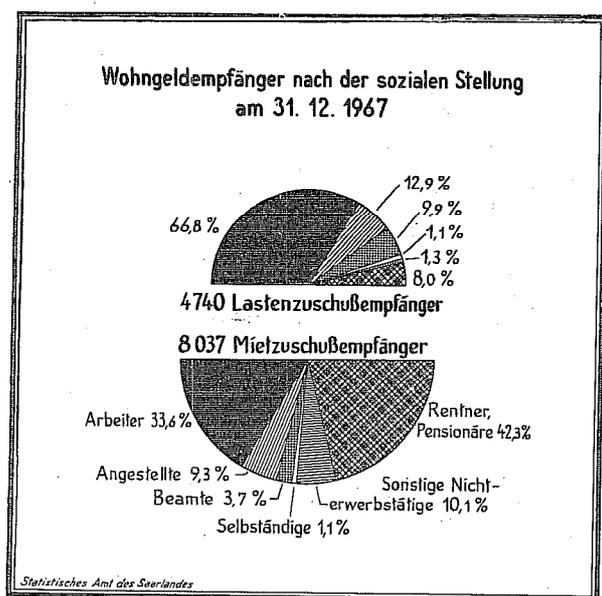
sich grundlegende soziale Unterschiede zwischen denjenigen, die Mietzuschuss und Lastenzuschuss erhielten. Beim Mietzuschuss gehörte fast die Hälfte der Empfänger zur Gruppe der Pensionäre und Rentner und nur ein Drittel zu den Arbeitern. Dagegen waren beim Lastenzuschuss über zwei Drittel Arbeiter und 13 % Angestellte.

4. Monatliche Wohngeldquote

Wie bereits erwähnt, wurde im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1967 etwa 58,- DM je Fall an Wohngeld gezahlt. Mehr als in diesem Mittel zum Ausdruck kommt, liefern gewisse Zuschussgrössenklassen aufschlussreiche Einblicke in die finanzielle Bedeutung dieses Lastenausgleichs für die beantragenden Personen bzw. Familien.

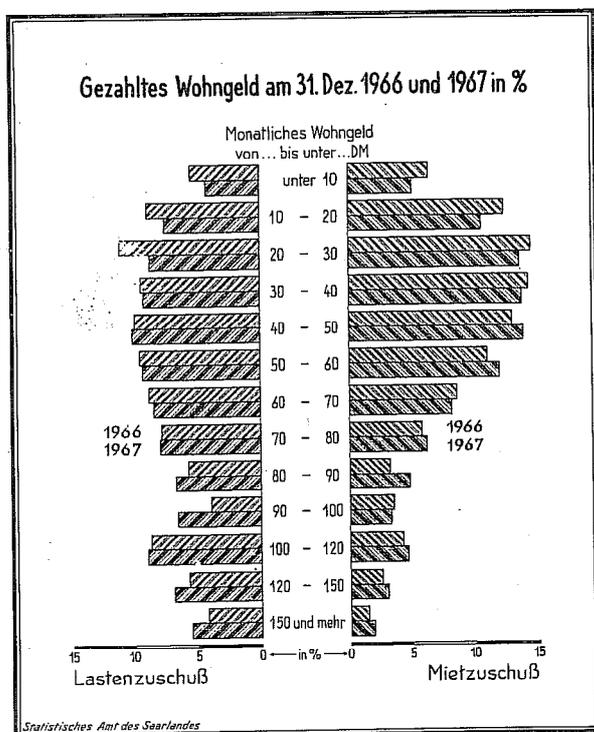
Die Höhe des Wohngeldes ist im Einzelfall abhängig vom Einkommen, von der Haushaltsgrösse und von den Wohnverhältnissen des Antragstellers.

Bei rund 57 % aller Mietzuschussempfänger lagen im zweiten Halbjahr 1967 die monatlichen Beträge unter 50,- DM; darunter gut zwei Fünftel zwischen 20,- bis 50,- DM. Soziologisch bedeutsam ist hierbei die Tatsache, dass diese Grössenklasse drei Viertel aller alleinstehenden Antragsteller und rund 62 % der Zwei- und 53 % der Dreipersonenhaushalte umfasst. Haushalte mit vier und mehr Mitgliedern erhielten in der Mehrzahl Mietzuschüsse zwischen 40,- und 80,- DM. Gliedert man nach dem bereinigten Familieneinkommen (Bruttoeinkommen abzüglich der im WoGG. zugelassenen Absetzungen und Freibeträge), so bezogen reichlich drei Fünftel der 3.413 Haushalte mit einem Einkommen bis 400,- DM einen Mietzuschuss unter 50,- DM. In nahezu dem gleichen Umfang trifft dies auch auf die Haushalte



Angestellte, 6 % Beamte und 1 % Selbständige, aber reichlich ein Drittel Nichterwerbstätige (Pensionäre, Rentner usw.). Auch hier zeigten

mit einem monatlichen Einkommen von über 800,- DM zu. Einzeldarstellungen sind dem Zahlenteil dieses Berichtes zu entnehmen. Der soziale Charakter des Wohngeldes wird allein schon durch die Tatsache belegt, dass rund die Hälfte aller Mietzuschussempfänger ein anrechenbares Einkommen von 400,- bis höchstens 800,- DM besaßen. Eine etwas höhere Einkommensschicht lässt sich bei den Empfängern von Lastenzuschuss erkennen. Nach der zuletzt bestehenden Struktur lag hier der Einkommenschwerpunkt (76 %) bei 600,- bis 1 000,- DM. Die monatlichen Zuschüsse variierten schwerpunktmässig zwischen 20,- und 80,- DM.



5. Wohnverhältnisse und Mietbelastung der Wohngeldempfänger

Die bisherige Darstellung der Wohngeldstatistik war vornehmlich auf das rein rechnerische Ergebnis der gesetzlichen Vorschriften abgestimmt. Zweifellos sind solche zahlenmässige Resultate für die weitere Ausgestaltung oder Modifizierung des Gesetzes vordringlich und wohl Hauptzweck der Statistik. Andererseits enthalten die Antragsformulare eine Reihe von

notwendigen Angaben, die statistisch zusammengefasst und ausgewertet, bemerkenswerte Aufschlüsse über die Wohnverhältnisse und derzeitige Mietbelastung der Antragsteller vermitteln.

a) Wohnverhältnisse

Von den 12 777 Wohngeldempfängern am 31. Dezember 1967 lebten 10 400 oder über vier Fünftel in Neubauwohnungen, die nach Mitte 1948 bezugsfertig geworden sind. Reichlich die Hälfte dieser Wohnungen wurden freifinanziert oder sind steuerbegünstigt. Der Schwerpunkt liegt allerdings bei den Mietwohnungen, die an den „Freifinanzierten“ einen Anteil von 64 % besitzen. Im übrigen Bundesgebiet betrug die Analogquote lediglich 28 %. Diese recht deutliche Diskrepanz dürfte weitgehend darauf zurückzuführen sein, dass nach Kriegsende bis zur Einführung des bundesdeutschen Rechts die saarländischen Förderungsmassnahmen anders strukturiert waren als in den übrigen Ländern der Bundesrepublik. Insbesondere wurden im Saarland für den Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude beachtliche Finanzmittel über die Kreditinstitute zu sehr günstigen Zahlungsbedingungen an Bauwillige verausgabt, die zwecks Beseitigung der Wohnungsnot hauptsächlich Mehrfamilienhäuser erstellten. Nach den Angaben des Jahres 1967 wurden die Neubauwohnungen der Lastenzuschussempfänger zu 61 %, die der Empfänger von Mietzuschuss zu rund 36 % öffentlich gefördert. Interessant ist hierbei, dass die öffentlich geförderten Wohnungen durchweg einen besseren Wohnkomfort aufzuweisen haben als die aus eigenen bzw. freien Mitteln errichteten Wohnungen. So verfügten nahezu sieben Zehntel der öffentlich geförderten Neubauwohnungen von Mietzuschussempfängern über Sammelheizung und Bad. Bei den Lastenzuschussempfängern betrug der Anteil 55 %. Dagegen gibt es in den freifinanzierten Wohnungen nur bei reichlich einem Drittel der

Mietzuschuss-Haushalte und knapp einem Viertel der Empfänger von Lastenzuschuss Sammelheizung und Bad.

Die in die Erhebung einbezogenen Altbauwohnungen waren 1967 etwa zur Hälfte mit einem Bad ausgestattet. Sammelheizungen waren nur in 12 % der Wohnungen vorhanden.

Was die Grösse der Wohnungen anbelangt, so dürften die Eigentümerwohnungen durchweg geräumiger sein als die Mietwohnungen. Rund neun Zehntel aller Lastenzuschussempfänger meldeten eine über 65 qm grosse Wohnfläche.

Bei den Mietzuschussempfängern war die Grösse der Wohnungseinheiten differenzierter. Mietzuschüsse wurden überwiegend (57,7 %) an Inhaber kleinerer Wohnungen mit einer Fläche bis 65 qm gewährt, bei Altbauwohnungen betrug ihr Anteil sogar 70 %.

Nach der Grösse des Haushalts betrachtet, gehörten drei Fünftel aller Bezieher von Mietzuschüssen zur Gruppe der 1 bis 3 Per-

empfänger waren Haushalte mit 4 und 5 Personen. Sie beanspruchten im Durchschnitt eine Wohnfläche von 50 bis 80 qm.

Bei Lastenzuschussempfängern dominierten die grösseren Haushalte mit 4 und mehr Personen; allein über die Hälfte dieser Haushalte bestand aus 4 bzw. 5 Personen. Der von dieser Gruppe bewohnte Wohnraum hatte eine durchschnittliche Grösse von 65 bis 100 qm.

(siehe Übersichten im Tabellenteil)

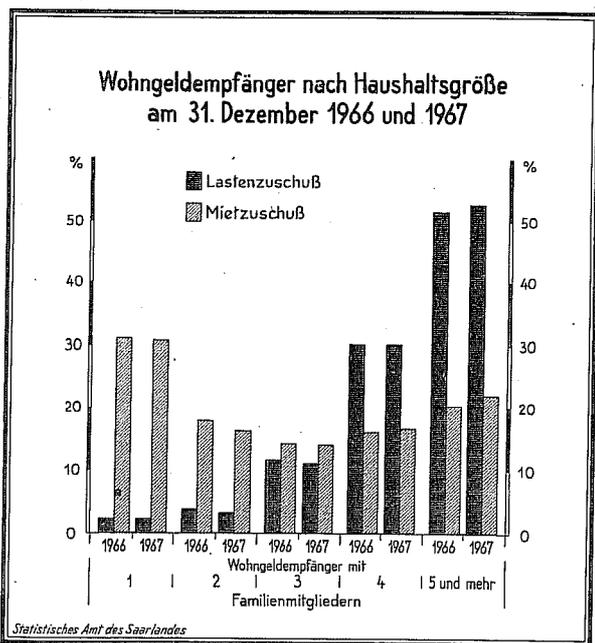
b) Mietbelastung

Gut die Hälfte aller Wohngeldempfänger hatte im Jahre 1967 eine Mietbelastung von 2,- bis 3,- DM je qm.

Eine Gliederung nach Alt- und Neubauten zeigt deutlich die grössere Anspannung der Mieter von neueren Wohnungen. Bei Altbauten zahlten fast vier Fünftel der Mietzuschussempfänger eine monatliche qm-Miete von 1,50 bis 3,- DM, darunter allein ein Drittel bis 2,- DM. Dagegen lag der Belastungsgrad für drei Fünftel aller Neubaubewohner zwischen 2,- und 3,- DM pro qm, wobei der Rest in der Mehrzahl über 3,- DM zu leisten hatte. Auch beim öffentlich geförderten Wohnungsbau dominierten Mietleistungen, die entschieden das „Altbauniveau“ übertrafen. Beinahe die Hälfte der Mietzuschussempfänger in öffentlich geförderten Neubauwohnungen hatte je qm 2,50 bis 3,- DM zu entrichten, ein weiteres Drittel rangierte in der Spanne 2,- bis 2,50 DM.

Auch bei der Berechnung des Lastenzuschusses wird von einer monatlichen Belastung je qm-Wohnraum ausgegangen. Daher enthalten die Formblätter zwangsläufig Angaben über die Effektivbelastung dieser Gruppe von Antragsteller.

Wie die Auswertung ergab, lag der Schwerpunkt der qm-Belastung ähnlich wie bei der Miete



sonen-Haushalte, darunter 31 % Alleinstehende. Letztere nutzten meist eine Wohnfläche bis 40 qm. Ein gutes Viertel aller Mietzuschuss-

in Neubauwohnungen, zwischen 2,- bis 3,- DM, wenn auch je nach Baualter und Finanzierungsart unterschiedliche Sätze erkennbar waren. So betrug am 31. Dezember 1967 bei über einem Drittel aller Empfänger, die Besitzer von Neubauten waren, die monatliche Belastung pro qm mehr als 3,- DM. Die Analogquote für Altbauwohnungen erreichte eine Höhe von knapp 19 %.

6. Auswirkungen der festgelegten begrenzenden Bestimmungen

Für Überlegungen einer eventuellen gesetzlichen Neugestaltung des Wohngeldes werden die heutigen Auswirkungen der im geltenden Recht festgelegten begrenzenden Bestimmungen dringend benötigt. Die einzelnen Arten der Begrenzungen sind in den „Begriffsbestimmungen“ dieses Berichts aufgeführt und definiert. Im einzelnen lässt sich folgendes feststellen:

Die im Gesetz festgelegten begrenzenden Bestimmungen zur Berechnung des Wohngeldes waren in der Berichtszeit bei gut drei Fünftel der 12 496 Wohngeldfälle ohne Sonderbedarf an Wohnfläche anzuwenden. Keine Begrenzung hatten nahezu die Hälfte aller Mietzuschussempfänger und ein Viertel der Empfänger von Lastenzuschuss.

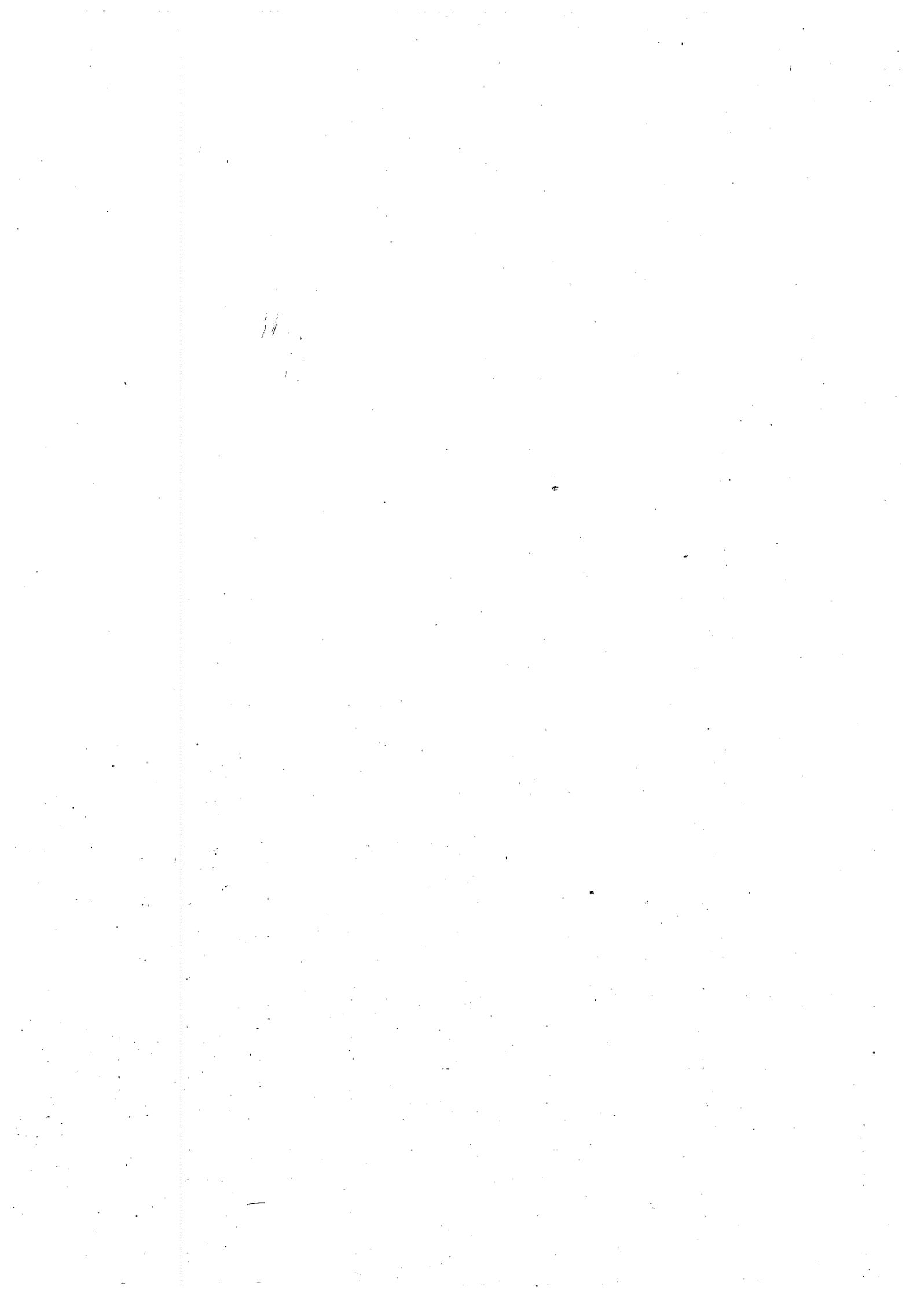
Die häufigste Begrenzungsart war die „benötigte Wohnfläche“. Hiervon wurden 45 % aller Lastenzuschussempfänger und rund ein Viertel aller Mietzuschussempfänger betroffen, weil diese Haushalte eine grössere Fläche bewohnten als ihnen nach dem Wohngeldgesetz zustand. Der Berechnung des Wohngeldes wird nämlich nicht die tatsächlich genutzte, sondern nur die dem Haushalt entsprechend seiner Personenzahl „benötigte Wohnfläche“ zugrunde gelegt.

Bei gut 8 % aller Wohngeldfälle konnten infolge Überschreitung der „Obergrenze“ der volle Betrag der Miete bzw. der Belastung nicht berücksichtigt werden, hier war nur der unter

der „Obergrenze“ bleibende Teilbetrag der Miete bzw. der Belastung zuschussfähig. Diese Kürzungsart wirkte sich bei knapp 8 % der Empfänger von Mietzuschuss und bei 9 % der Lastenzuschussempfänger aus.

Eine andere Begrenzungsart ist die „Kappung“, sie wurde bei nur knapp 1,4 % der Empfänger von Lastenzuschüssen und bei 7 % der Mietzuschussempfänger angewendet. Vermutlich ist die beim Wohnungseigentum ermittelte Belastung höher als vergleichsweise die Miete beim Mietzuschuss. Daher kommt die „Kappung“ häufiger bei Miet- als bei Lastenzuschüssen vor. Aufgrund des Gesetzes darf das Wohngeld einen gewissen Höchstbetrag nicht überschreiten. Ergibt sich bei der Wohngeldberechnung eine Summe, die über dem zulässigen Höchstbetrag liegt, so wird das Wohngeld „gekappt“; der übersteigende Wert wird dem Bezugsberechtigten als höhere Eigenleistung auferlegt. In etwa 16 % aller Wohngeldfälle kam es zu Kürzungen der Zuschussbeträge, weil mehrere Begrenzungsarten zusammen vorlagen, davon wurden rund 14 % der Mietzuschussempfänger und schwach ein Fünftel der Lastenzuschussempfänger betroffen, bei denen die Begrenzungsvorschriften anzuwenden waren.

Durch die Festlegung des Tragbarkeitssatzes (§ 10 Ziffer 1 WoGG) wird der Kreis der Wohngeldempfänger und die Höhe des Wohngeldes abgegrenzt. Nur für die über dem tragbaren Anteil hinausgehende Belastung bzw. Miete wird Wohngeld gezahlt. Bei nahezu der Hälfte aller Wohngeldempfänger lag der Belastungsgrad unter 1 % und bei einem Achtel zwischen 1 bis unter 3 % über dem Tragbarkeitssatz, bei reichlich einem weiteren Viertel überstieg er die Quote um 3 bis unter 10 %. Der relativ hohe Anteil der Fälle, bei denen der Belastungsgrad nur geringfügig über dem Tragbarkeitssatz lag, dürfte eine Auswirkung der im Gesetz festgelegten begrenzenden Bestimmungen zur Berechnung des Wohngeldes sein.



Tabellenteil

Empfänger von Wohngeld nach
Haushaltsgrösse und
am 31.

Monatliches Familien- einkommen von ... bis ... DM	Wohngeld-						
	Haushalte mit ... Familienmitgliedern					insgesamt	
	1	2	3	4	5 und mehr		
	Anzahl						%
	Wohngeld empfänger						
bis 200	746	124	39	9	5	923	7,2
201 bis 300	1 195	163	56	18	6	1 438	11,3
301 bis 400	485	473	178	74	55	1 265	9,9
401 bis 600	143	577	482	439	513	2 154	16,9
601 bis 800	4	129	713	1 437	1 846	4 129	32,3
801 bis 1 000	1	7	190	664	1 326	2 188	17,1
1 001 und mehr	—	—	7	143	530	680	5,3
insgesamt	2 574	1 473	1 665	2 784	4 281	12 777	100
%	20,2	11,5	13,0	21,8	33,5	 	100
	Empfänger von						
bis 200	719	114	35	8	5	881	11,0
201 bis 300	1 157	145	50	17	6	1 375	17,1
301 bis 400	460	436	154	58	49	1 157	14,4
401 bis 600	128	521	412	326	361	1 748	21,7
601 bis 800	2	97	436	682	827	2 044	25,4
801 bis 1 000	1	4	49	229	392	675	8,4
1 001 und mehr	—	—	—	24	133	157	2,0
zusammen	2 467	1 317	1 136	1 344	1 773	8 037	100
%	30,7	16,4	14,1	16,7	22,1	 	100
	Empfänger von						
bis 200	27	10	4	1	—	42	0,9
201 bis 300	38	18	6	1	—	63	1,3
301 bis 400	25	37	24	16	6	108	2,3
401 bis 600	15	56	70	113	152	406	8,6
601 bis 800	2	32	277	755	1 019	2 085	44,0
801 bis 1 000	—	3	141	435	934	1 513	31,9
1 001 und mehr	—	—	7	119	397	523	11,0
zusammen	107	156	529	1 440	2 508	4 740	100
%	2,2	3,3	11,2	30,4	52,9	 	100

anrechenbarem (bereinigtem) Familieneinkommen,
sozialer Stellung
Dezember 1967

empfänger						Monatliches Familien- einkommen von ... bis ... DM
davon waren						
Selbständige	Beamte	Angeestellte	Arbeiter	Rentner, Pensionäre	Sonstige Nichterwerbs- tätige	
Anzahl						
insgesamt						
5	—	5	34	739	140	bis 200
6	1	11	80	1 219	121	201 bis 300
17	4	36	137	863	208	301 bis 400
48	68	193	837	707	301	401 bis 600
31	303	418	3 104	189	84	601 bis 800
27	262	397	1 442	43	17	801 bis 1 000
11	123	289	234	20	3	1 001 und mehr
145	761	1 349	5 868	3 780	874	insgesamt
1,1	6,0	10,6	45,9	29,6	6,8	%
Mietzuschuss						
4	—	5	34	700	138	bis 200
6	1	10	77	1 164	117	201 bis 300
13	4	34	124	780	202	301 bis 400
34	56	168	601	616	273	401 bis 600
22	151	297	1 385	120	69	601 bis 800
10	64	164	410	13	14	801 bis 1 000
2	18	58	71	6	2	1 001 und mehr
91	294	736	2 702	3 399	815	zusammen
1,1	3,7	9,2	33,6	42,3	10,1	%
Lastenzuschuss						
1	—	—	—	39	2	bis 200
—	—	1	3	55	4	201 bis 300
4	—	2	13	83	6	301 bis 400
14	12	25	236	91	28	401 bis 600
9	152	121	1 719	69	15	601 bis 800
17	198	233	1 032	30	3	801 bis 1 000
9	105	231	163	14	1	1 001 und mehr
54	467	613	3 166	381	59	zusammen
1,1	9,9	12,9	66,8	8,0	1,3	%

**Empfänger von Wohngeld nach anrechenbarem Familien-
am 31.**

Monatliches Familieneinkommen von ... bis ... DM Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit monatlichem Wohngeld					
			unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60
	Anzahl	%	An-					
insgesamt	12 777	100,0	603	1 277	1 494	1 538	1 587	1 381
%	 	100,0	4,8	9,4	11,7	12,0	12,4	10,8
							Wohngeldempfänger	
bis 200	881	11,0	8	47	104	134	179	152
201 bis 300	1 375	17,1	62	167	237	259	248	200
301 bis 400	1 157	14,4	50	148	177	195	158	132
401 bis 600	1 748	21,7	89	164	209	180	202	173
601 bis 800	2 044	25,4	119	226	247	228	225	204
801 bis 1 000	675	8,4	61	79	85	90	80	62
1 001 und mehr	157	2,0	14	18	23	18	17	17
zusammen	8 037	100,0	403	849	1 082	1 104	1 109	940
%	 	100,0	5,0	10,5	13,5	13,7	13,8	11,7
								Empfänger von
davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern								
1	2 467	30,7	126	325	438	457	494	381
2	1 317	16,4	72	170	207	202	165	145
3	1 136	14,1	68	129	152	126	130	116
4	1 344	16,7	71	128	135	142	162	124
5 und mehr	1 773	22,1	66	97	150	177	158	174
								Empfänger von
bis 200	42	0,9	1	7	2	5	6	4
201 bis 300	63	1,3	2	6	11	6	6	13
301 bis 400	108	2,3	5	5	12	6	13	16
401 bis 600	406	8,6	10	24	33	30	39	27
601 bis 800	2 085	44,0	72	153	168	189	191	198
801 bis 1 000	1 513	31,9	83	122	153	138	156	141
1 001 und mehr	523	11,0	27	37	33	60	67	42
zusammen	4 740	100,0	200	354	412	434	478	441
%	 	100,0	4,2	7,5	8,7	9,2	10,1	9,3
davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern								
1	107	2,3	5	18	21	14	13	18
2	156	3,3	16	13	20	20	22	13
3	529	11,2	38	73	63	68	62	71
4	1 440	30,3	72	116	131	143	173	142
5 und mehr	2 508	52,9	69	134	177	189	208	197

einkommen, Haushaltsgrösse und Höhe des Wohngeldes
Dezember 1967

von ... bis ... unter DM							Monatlicher Wohngeldanspruch insgesamt	Monatliches Familieneinkommen	
60 bis 70	70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 120	120 bis 150	150 und mehr		von ... bis ... DM	Haushaltsgrösse
zahl							DM		
insgesamt							741 742	insgesamt	
1 050	863	702	583	796	566	411	100,0	%	
8,2	6,8	5,5	4,6	6,2	4,4	3,2			

Mietzuschuss

103	55	31	22	18	20	8	.	bis 200
81	38	24	22	21	11	5	.	201 bis 300
86	65	45	26	36	28	11	.	301 bis 400
158	128	116	85	129	73	42	.	401 bis 600
161	150	128	79	132	86	59	.	601 bis 800
54	44	32	26	25	18	19	.	801 bis 1 000
8	7	10	9	6	3	7	.	1 001 und mehr
651	487	386	269	367	239	151	416 002	zusammen
8,1	6,1	4,8	3,3	4,6	3,0	1,9	56,1	%

davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern

161	59	19	7	-	-	-	91 583	1
134	97	54	36	20	14	1	58 038	2
85	90	86	48	64	34	8	59 153	3
129	96	107	75	112	53	10	76 763	4
142	145	120	103	171	138	132	130 465	5 und mehr

Lastenzuschuss

4	5	1	2	4	1	-	.	bis 200
7	4	3	1	3	1	-	.	201 bis 300
13	5	5	8	9	4	7	.	301 bis 400
45	29	29	22	48	35	35	.	401 bis 600
176	177	147	118	217	159	120	.	601 bis 800
110	111	99	132	108	97	63	.	801 bis 1 000
44	45	32	31	40	30	35	.	1 001 und mehr
399	376	316	314	429	327	260	325 740	zusammen
8,4	7,9	6,7	6,6	9,0	6,9	5,5	43,9	%

davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern

9	5	3	-	1	-	-	4 163	1
17	15	4	10	6	-	-	7 289	2
42	47	32	11	16	4	2	24 286	3
128	110	99	133	137	50	6	85 634	4
203	199	178	160	269	273	252	204 368	5 und mehr

Empfänger von Mietzuschuss nach Höhe des Wohngeldes, nach Haushalts-

Haushalte mit Familien- mitgliedern	Insgesamt	Davon mit monatlichem Mietzuschuss								
		unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 bis 70		
								Monatliches Familien-		
1	719	7	46	100	121	166	139	82		
2	114	1	1	4	13	12	12	18		
3	35	—	—	—	—	1	1	3		
4	8	—	—	—	—	—	—	—		
5 und mehr	5	—	—	—	—	—	—	—		
zusammen	881	8	47	104	134	179	152	103		
									Monatliches Familien-	
1	1 157	58	157	220	236	226	176	60		
2	145	4	8	15	18	16	18	18		
3	50	—	2	2	4	4	5	1		
4	17	—	—	—	1	1	1	1		
5 und mehr	6	—	—	—	—	1	—	1		
zusammen	1 375	62	167	237	259	248	200	81		
									Monatliches Familien-	
1	460	35	93	84	87	81	58	19		
2	436	13	50	68	87	51	45	49		
3	154	2	4	17	12	14	19	12		
4	58	—	1	7	3	7	7	5		
5 und mehr	49	—	—	1	6	5	3	1		
zusammen	1 157	50	148	177	195	158	132	86		
									Monatliches Familien-	
1	128	24	29	34	13	20	8	—		
2	521	41	79	93	74	74	66	48		
3	412	10	39	44	37	41	47	44		
4	326	7	8	16	25	33	20	40		
5 und mehr	361	7	9	22	31	34	32	26		
zusammen	1 748	89	164	209	180	202	173	158		
									Monatliches Familien-	
1	2	2	—	—	—	—	—	—		
2	97	11	31	26	10	12	4	1		
3	436	43	72	81	66	64	41	25		
4	682	38	83	70	71	81	79	64		
5 und mehr	827	25	40	70	81	68	80	71		
zusammen	2 044	119	226	247	228	225	204	161		
									Monatliches Familien-	
1	1	—	—	—	—	1	—	—		
2	4	2	1	1	—	—	—	—		
3	49	13	12	8	7	6	3	—		
4	229	24	31	36	40	36	14	18		
5 und mehr	392	22	35	40	43	37	45	36		
zusammen	675	61	79	85	90	80	62	54		
									Monatliches Familien-	
1	—	—	—	—	—	—	—	—		
2	—	—	—	—	—	—	—	—		
3	—	—	—	—	—	—	—	—		
4	24	2	5	6	2	4	3	1		
5 und mehr	133	12	13	17	16	13	14	7		
zusammen	157	14	18	23	18	17	17	8		
									Insgesamt	
1	2 467	126	325	438	457	494	381	161		
2	1 317	72	170	207	202	165	145	134		
3	1 136	68	129	152	126	130	116	85		
4	1 344	71	128	135	142	162	124	129		
5 und mehr	1 773	66	97	150	177	158	174	142		
zusammen	8 037	403	849	1 082	1 104	1 109	940	651		

Größe und Familieneinkommen am 31. 12. 1967

von bis unter DM							Haushalte mit Familien- mitgliedern
70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 120	120 bis 150	150 bis 200	200 und mehr	
einkommen bis 200 DM							
40	12	6	—	—	—	—	1
10	12	8	11	11	1	—	2
5	5	5	6	7	2	—	3
—	2	2	—	2	1	1	4
—	—	1	1	—	3	—	5 und mehr
55	31	22	18	20	7	1	zusammen
einkommen bis 300 DM							
17	6	1	—	—	—	—	1
11	16	12	7	2	—	—	2
6	2	8	8	6	2	—	3
4	—	1	3	3	1	1	4
—	—	—	3	—	—	1	5 und mehr
38	24	22	21	11	3	2	zusammen
einkommen bis 400 DM							
2	1	—	—	—	—	—	1
37	18	15	2	1	—	—	2
18	13	7	17	15	4	—	3
4	4	1	8	8	3	—	4
4	9	3	9	4	4	—	5 und mehr
65	45	26	36	28	11	—	zusammen
einkommen bis 600 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
37	8	1	—	—	—	—	2
32	51	28	33	6	—	—	3
27	34	36	50	27	3	—	4
32	23	20	46	40	32	7	5 und mehr
128	116	85	129	73	35	7	zusammen
einkommen bis 800 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
2	—	—	—	—	—	—	2
29	15	—	—	—	—	—	3
49	57	28	49	13	—	—	4
70	56	51	83	73	42	17	5 und mehr
150	128	79	132	86	42	17	zusammen
einkommen bis 1 000 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	3
12	9	7	2	—	—	—	4
32	23	19	23	18	16	3	5 und mehr
44	32	26	25	18	16	3	zusammen
einkommen über 1 000 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	3
—	1	—	—	—	—	—	4
7	9	9	6	3	2	5	5 und mehr
7	10	9	6	3	2	5	zusammen
samt							
59	19	7	—	—	—	—	1
97	54	36	20	14	1	—	2
90	86	48	64	34	8	—	3
96	107	75	112	53	8	2	4
145	120	103	171	138	99	33	5 und mehr
487	386	269	367	239	116	35	zusammen

Empfänger von Lastenzuschuss nach Höhe des Wohngeldes, nach Haushalts-

Haushalte mit ... Familien- mitgliedern	Insgesamt	Davon mit monatlichem							
		unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	
									Monatliches Familien-
1	27	1	4	1	5	6	3	1	
2	10	—	2	1	—	—	1	1	
3	4	—	—	—	—	—	—	2	
4	1	—	1	—	—	—	—	—	
5 und mehr	—	—	—	—	—	—	—	—	
zusammen	42	1	7	2	5	6	4	4	
									Monatliches Familien-
1	38	1	4	7	3	5	9	6	
2	18	1	2	3	3	—	4	—	
3	6	—	—	1	—	—	—	1	
4	1	—	—	—	—	1	—	—	
5 und mehr	—	—	—	—	—	—	—	—	
zusammen	63	2	6	11	6	6	13	7	
									Monatliches Familien-
1	25	1	4	8	3	1	6	2	
2	37	2	1	2	2	8	3	5	
3	24	1	—	1	1	3	7	2	
4	16	1	—	1	—	—	—	4	
5 und mehr	6	—	—	—	—	1	—	—	
zusammen	108	5	5	12	6	13	16	13	
									Monatliches Familien-
1	15	2	4	5	3	1	—	—	
2	56	4	3	9	6	10	5	8	
3	70	1	9	5	11	5	7	4	
4	113	2	4	8	7	14	9	19	
5 und mehr	152	1	4	6	3	9	6	14	
zusammen	406	10	24	33	30	39	27	45	
									Monatliches Familien-
1	2	—	2	—	—	—	—	—	
2	32	8	5	5	9	3	—	2	
3	277	15	32	32	30	26	44	32	
4	755	33	62	59	69	88	72	62	
5 und mehr	1 019	16	52	72	81	74	82	80	
zusammen	2 085	72	153	168	189	191	198	176	
									Monatliches Familien-
1	—	—	—	—	—	—	—	—	
2	3	1	—	—	—	1	—	1	
3	141	18	30	24	26	27	13	—	
4	435	27	36	48	45	45	45	30	
5 und mehr	934	37	56	81	67	83	83	79	
zusammen	1 513	83	122	153	138	156	141	110	
									Monatliches Familien-
1	—	—	—	—	—	—	—	—	
2	—	—	—	—	—	—	—	—	
3	7	3	2	—	—	1	—	1	
4	119	9	13	15	22	25	16	13	
5 und mehr	397	15	22	18	38	41	26	30	
zusammen	523	27	37	33	60	67	42	44	
									Insgesamt
1	107	5	18	21	14	13	18	9	
2	156	16	13	20	20	22	13	17	
3	529	38	73	63	68	62	71	42	
4	1 440	72	116	131	143	173	142	128	
5 und mehr	2 508	69	134	177	189	208	197	203	
zusammen	4 740	200	354	412	434	478	441	399	

Größe und Familieneinkommen am 31. Dezember 1967

Lastenzuschuss von ... bis ... DM							Haushalte mit ... Familien- mitgliedern
70 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 120	120 bis 150	150 bis 200	200 und mehr	
einkommen bis 200 DM							
4	1	—	1	—	—	—	1
1	—	2	2	—	—	—	2
—	—	—	1	1	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	4
—	—	—	—	—	—	—	5 und mehr
5	1	2	4	1	—	—	zusammen
einkommen bis 300 DM							
1	2	—	—	—	—	—	1
2	1	1	1	—	—	—	2
1	—	—	2	1	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	4
—	—	—	—	—	—	—	5 und mehr
4	3	1	3	1	—	—	zusammen
einkommen bis 400 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
5	1	5	3	—	—	—	2
—	2	1	3	1	2	—	3
—	1	1	3	3	2	2	4
—	1	1	—	—	1	—	5 und mehr
5	5	8	9	4	5	2	zusammen
einkommen bis 600 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
7	2	2	—	—	—	—	2
2	8	8	9	1	—	—	3
3	10	5	15	11	4	—	4
15	9	7	24	23	20	11	5 und mehr
29	29	22	48	35	24	11	zusammen
einkommen bis 800 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	2
43	21	1	1	—	—	—	3
55	54	50	115	36	—	—	4
79	72	67	101	123	92	28	5 und mehr
177	147	118	217	159	92	28	zusammen
einkommen bis 1 000 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	2
1	—	1	—	—	—	—	3
45	34	77	3	—	—	—	4
65	64	54	105	97	50	13	5 und mehr
111	99	132	108	97	50	13	zusammen
einkommen über 1 000 DM							
—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	2
—	—	—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	4
5	—	—	1	—	—	—	5 und mehr
40	32	31	39	30	21	14	zusammen
45	32	31	40	30	21	14	
samt							
5	3	—	1	—	—	—	1
15	4	10	6	—	—	—	2
47	32	11	16	4	2	—	3
110	99	133	137	50	6	—	4
199	178	160	269	273	184	68	5 und mehr
376	316	314	429	327	192	68	zusammen

Empfänger von Wohngeld nach der Höhe des Wohngeldes nach Kreisen am 31. 12. 1967

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohngeld- empfänger insgesamt	Davon mit einem Wohngeld in Höhe von bis unter, DM										Monatlicher Wohngeldanspruch insgesamt DM
		Anzahl										
		unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 bis 80	80 bis 100	100 und mehr		
Empfänger von Mietzuschuß												
Saarbrücken	2 786	119	235	335	343	394	372	413	279	296	152 428	
Homburg	394	34	49	61	52	59	33	52	26	28	17 939	
Merzig-Wadern	205	10	27	38	49	29	16	20	7	9	8 457	
Ottweiler	1 402	74	167	203	194	191	140	168	100	165	75 271	
Saarbrücken	1 870	98	215	246	251	263	215	286	148	148	93 535	
Saarlouis	724	42	90	104	123	87	83	105	44	46	33 964	
St. Ingbert	457	14	35	55	59	62	62	75	40	55	26 198	
St. Wendel	199	12	31	40	33	24	19	19	11	10	8 210	
Zusammen	8 037	403	849	1 082	1 104	1 109	940	1 138	655	757	416 002	
Empfänger von Lastenzuschuß												
Saarbrücken	70	3	7	6	7	10	5	11	7	14	4 527	
Homburg	359	14	26	27	34	38	36	64	41	79	24 719	
Merzig-Wadern	527	32	42	53	52	48	44	81	64	111	34 722	
Ottweiler	773	34	61	76	65	72	84	130	96	155	50 647	
Saarbrücken	856	27	70	79	82	82	80	145	134	157	57 856	
Saarlouis	897	29	56	72	56	101	63	137	124	259	70 140	
St. Ingbert	440	28	25	40	46	49	46	70	63	73	28 323	
St. Wendel	818	33	67	59	92	78	83	137	101	168	54 806	
Zusammen	4740	200	354	412	434	478	441	775	630	1 016	325 740	
Wohngeldempfänger insgesamt												
Saarland	12 777	603	1 203	1 494	1 538	1 587	1 381	1 913	1 285	1 773	741 742	

Empfänger von Wohngeld nach Baualter, Finanzierungsart und Ausstattung der Wohnung am 31. 12. 1967

Wohnung bezugsfertig geworden	Davon Wohnungen													
	mit					ohne								
	Sammelheizung													
	zusammen		und zwar		zusammen		und zwar		zusammen					
		mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne					
Finanzierungsart	Anzahl		%		Anzahl									
	Insgesamt													
	Empfänger von Mietzuschuß													
bis Mitte 1948	1 940	24,1	250	199	51	1 690	667	1 023						
nach Mitte 1948	6 097	75,9	2 963	2 845	118	3 134	2 424	710						
davon:														
öffentlich gefördert	2 189	35,9	1 491	1 481	10	698	606	92						
freifinanziert, steuerbegünstigt	3 908	64,1	1 472	1 364	108	2 436	1 818	618						
zusammen	8 037	100,0	3 213	3 044	169	4 824	3 091	1 733						
%		100,0	40,0	94,7	5,3	60,0	64,1	35,9						
	Empfänger von Lastenzuschuß													
bis Mitte 1948	417	8,8	42	38	4	375	266	109						
nach Mitte 1948	4 323	91,2	1 833	1 828	5	2 490	2 391	99						
davon:														
öffentlich gefördert	2 639	61,0	1 449	1 446	3	1 190	1 177	13						
freifinanziert, steuerbegünstigt	1 684	39,0	384	382	2	1 300	1 214	86						
zusammen	4 740	100,0	1 875	1 866	9	2 865	2 657	208						
%		100,0	39,6	99,5	0,5	60,4	92,7	7,3						
	Wohngeldempfänger insgesamt													
bis Mitte 1948	2 357	18,4	292	237	55	2 065	933	1 132						
nach Mitte 1948	10 420	81,6	4 796	4 673	123	5 624	4 815	809						
davon:														
öffentlich gefördert	4 828	46,3	2 940	2 927	13	1 888	1 783	105						
freifinanziert, steuerbegünstigt	5 592	53,7	1 856	1 746	110	3 736	3 032	704						
insgesamt	12 777	100,0	5 088	4 910	178	7 689	5 748	1 941						
%		100,0	39,8	96,5	3,5	60,2	74,8	25,2						

**Tatsächliche Belastung der Wohnungen von Wohngeldempfängern in Verbindung mit Obergrenze
am 31. 12. 1967**

Die tatsächliche Miete / Belastung je qm Wohnfläche überschreitet die Obergrenze um ... bis unter...DM	Wohn- geld- em- pfän- ger ins- ge- samt	Davon in ... bezugsfertig gewordene Wohnungen											
		bis Mitte 1948				nach Mitte 1948							
		mit		ohne		mit				ohne			
		Sammelheizung				Sammelheizung							
		mit		ohne		mit		ohne		mit		ohne	
		Bad				Bad				Bad			
		mit	ohne	mit	ohne	frei- finanz.	öffentl. geförd.	frei- finanz.	öffentl. geförd.	frei- finanz.	öffentl. geförd.	frei- finanz.	öffentl. geförd.
Empfänger von Mietzuschuß													
unter 0,20	385	26	4	60	65	87	23	6	—	57	42	14	1
0,20 bis 0,40	288	24	4	60	56	62	5	2	—	41	26	7	1
0,40 bis 0,60	155	14	4	39	35	37	5	1	—	11	5	4	—
0,60 bis 0,80	94	11	—	20	13	21	7	1	1	11	3	6	—
0,80 bis 1,00	64	9	1	9	14	19	1	4	—	5	—	2	—
1,00 bis 1,50	57	5	1	10	9	18	1	1	—	9	—	2	1
1,50 bis 2,00	27	—	1	4	8	9	—	1	—	2	—	2	—
2,00 und mehr	30	1	—	2	2	15	—	7	—	1	—	2	—
ohne Überschreitung	6'937	109	36	463	821	1 096	1 439	85	9	1 681	530	579	89
insgesamt	8 037	199	51	667	1 023	1 364	1 481	108	10	1 818	606	618	92
Empfänger von Lastenzuschuß													
unter 0,20	304	3	—	26	17	36	91	—	—	67	57	6	1
0,20 bis 0,40	241	5	—	26	11	21	87	—	1	51	35	4	—
0,40 bis 0,60	208	6	—	30	17	23	56	—	—	35	33	8	—
0,60 bis 0,80	201	3	—	47	21	16	38	—	—	47	26	3	—
0,80 bis 1,00	114	1	—	13	4	10	28	—	—	29	25	4	—
1,00 bis 1,50	101	—	—	2	—	25	24	—	—	31	18	1	—
1,50 bis 2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2,00 und mehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ohne Überschreitung	3 571	20	4	122	39	251	1 122	2	2	954	983	60	12
insgesamt	4 740	38	4	266	109	382	1 446	2	3	1 214	1 177	86	13
Wohngeldempfänger insgesamt													
unter 0,20	689	29	4	86	82	123	114	6	—	124	99	20	2
0,20 bis 0,40	529	29	4	86	67	83	92	2	1	92	61	11	1
0,40 bis 0,60	363	20	4	69	52	60	61	1	—	46	38	12	—
0,60 bis 0,80	295	14	—	67	34	37	45	1	1	58	29	9	—
0,80 bis 1,00	178	10	1	22	18	29	29	4	—	34	25	6	—
1,00 bis 1,50	158	5	1	12	9	43	25	1	—	40	18	3	1
1,50 bis 2,00	27	—	1	4	8	9	—	1	—	2	—	2	—
2,00 und mehr	30	1	—	2	2	15	—	7	—	1	—	2	—
ohne Überschreitung	10 508	129	40	585	860	1 347	2 561	87	11	2 635	1 513	639	101
insgesamt	12 777	237	55	933	1 132	1 746	2 927	110	13	3 032	1 783	704	105

1) Einschl. steuerbegünstigte Wohnungen.

Empfänger von Wohngeld nach Wohngeldart sowie nach Baualter, Finanzierungsart und Grösse der Wohnung
am 31. 12. 1967

Wohnung bezugsfertig geworden	Davon nutzten eine Wohnfläche von über bis qm																	
	Insgesamt 1)		40 bis 50		50 bis 65		65 bis 80		80 bis 90		90 bis 100		100 bis 110		110 bis 120		über 120	
	Anzahl	%																
Empfänger von Mietzuschuß																		
bis Mitte 1948	1 895	24,2	532	355	428	311	111	73	45	19	21							
nach Mitte 1948	5 949	75,8	894	883	1 432	1 637	686	270	107	22	18							
davon:																		
öffentlich gefördert	2 096	35,2	186	267	424	683	372	128	33	2	1							
freifinanziert, steuerbegünstigt	3 853	64,8	708	616	1 008	954	314	142	74	20	17							
zusammen	7 844	100,0	1 426	1 238	1 860	1 948	797	343	152	41	39							
Empfänger von Lastenzuschuß																		
bis Mitte 1948	413	8,9	7	8	46	113	78	73	41	21	26							
nach Mitte 1948	4 239	91,1	18	47	242	748	840	744	539	515	546							
davon:																		
öffentlich gefördert	2 585	61,0	6	20	71	354	555	499	331	378	371							
freifinanziert, steuerbegünstigt	1 654	39,0	12	27	171	394	285	245	208	137	175							
zusammen	4 652	100,0	25	55	288	861	918	817	580	536	572							
Wohngeldempfänger insgesamt																		
bis Mitte 1948	2 308	18,5	539	363	474	424	189	146	86	40	47							
nach Mitte 1948	10 188	81,5	912	930	1 674	2 385	1 526	1 014	646	537	564							
davon:																		
öffentlich gefördert	4 681	45,9	192	287	495	1 037	927	627	364	380	372							
freifinanziert, steuerbegünstigt	5 507	54,1	720	643	1 179	1 348	599	387	282	157	192							
insgesamt	12 496	100,0	1 451	1 293	2 148	2 809	1 715	1 160	732	577	611							

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).

Empfänger von Wohngeld¹⁾ nach Haushaltsgrösse und Grösse der Wohnung
am 31. 12. 1967

Haushalte mit ... Familien- mitgliedern	Insgesamt		Davon nutzen eine Wohnfläche von über ... bis ... qm									Über die benötigte Wohnfläche hinaus nehmen Wohnraum in Anspruch									
	Anzahl	%	bis 40	40 bis 50		50 bis 65		65 bis 80		80 bis 90			90 bis 100		100 bis 110		110 bis 120		über 120		
				Anzahl	%	Anzahl															
1	2 439	31,1	1 246	689	408	86	9	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	1	1 193	48,9	
2	1 202	15,3	124	350	528	166	24	24	12	12	12	12	12	12	12	12	12	1	728	60,6	
3	1 101	14,0	45	123	420	409	87	87	74	74	74	74	74	74	74	74	74	1	513	46,6	
4	1 335	17,0	8	42	248	685	255	255	21	21	21	21	21	21	21	21	21	4	352	26,4	
5	816	10,5	3	21	122	300	242	242	7	7	7	7	7	7	7	7	7	9	128	15,7	
6	464	5,9	-	7	61	160	102	102	3	3	3	3	3	3	3	3	3	7	64	13,8	
7	218	2,8	-	3	30	60	43	43	2	2	2	2	2	2	2	2	2	5	12	5,5	
8	126	1,6	-	2	18	37	17	17	1	1	1	1	1	1	1	1	1	7	7	5,6	
9 und mehr	143	1,8	-	1	25	45	18	18	1	1	1	1	1	1	1	1	1	10	
zusammen	7 844	100,0	1 426	1 238	1 860	1 948	797	797	343	343	343	343	343	343	343	343	343	41	39
Empfänger von Mietzuschuß																					
1	104	2,2	21	24	31	23	3	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	83	79,9	
2	143	3,1	3	19	59	45	11	11	3	3	3	3	3	3	3	3	3	1	121	84,7	
3	511	11,0	1	5	70	167	112	112	78	78	78	78	78	78	78	78	78	21	435	85,1	
4	1 420	30,5	-	5	73	338	361	361	254	254	254	254	254	254	254	254	254	68	1 004	70,7	
5	1 111	23,9	-	1	27	173	260	260	226	226	226	226	226	226	226	226	226	118	650	58,5	
6	692	14,9	-	-	15	78	105	105	154	154	154	154	154	154	154	154	154	122	340	49,0	
7	340	7,3	-	1	6	20	34	34	60	60	60	60	60	60	60	60	60	96	151	44,4	
8	168	3,6	-	-	3	9	19	19	18	18	18	18	18	18	18	18	18	68	68	40,5	
9 und mehr	163	3,5	-	-	4	8	13	13	23	23	23	23	23	23	23	23	23	78	
zusammen	4 652	100,0	25	55	288	861	918	918	817	817	817	817	817	817	817	817	817	572	

Haushalte, die eine Wohnfläche bis zur Höhe der benötigten Wohnfläche (§ 13 Abs. 3 WoGG) benutzen.

Haushalte, die eine grössere Wohnfläche benutzen.

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).

**Empfänger von Mietzuschuss¹⁾ nach Haushaltsgrösse, Grösse, Baualter und Finanzierungsart der Wohnung
am 31. 12. 1967**

Haushalte mit ... Familien- mitgliedern	Ins- gesamt	Davon nutzten eine Wohnfläche von über ... bis ... qm								
		bis 40	40 bis 50	50 bis 65	65 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	über 120
		Anzahl								
		Insgesamt								
1	2 439	1 246	689	408	86	9	—	—	—	1
2	1 202	124	350	528	166	24	5	5	—	—
3	1 101	45	123	420	409	87	12	4	1	—
4	1 335	8	42	248	685	255	74	19	3	1
5	816	3	21	122	300	242	90	26	8	4
6	464	—	7	61	160	102	70	44	11	9
7	218	—	3	30	60	43	44	26	5	7
8	126	—	2	18	37	17	27	13	5	7
9 und mehr	143	—	1	25	45	18	21	15	8	10
zusammen	7 844	1 426	1 238	1 860	1 948	797	343	152	41	39
		In bis Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
1	887	477	222	149	34	4	—	—	—	—
2	292	32	91	125	32	7	2	3	—	—
3	184	18	27	67	53	12	3	3	1	—
4	211	3	7	46	96	30	19	8	1	1
5	142	2	6	19	50	32	21	7	3	2
6	93	—	2	12	25	19	19	7	6	3
7	45	—	—	6	10	1	4	14	3	7
8	23	—	—	4	5	3	3	2	3	3
9 und mehr	18	—	—	—	6	3	2	1	2	4
zusammen	1 895	532	355	428	311	111	73	45	19	21
		In nach Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
1	1 552	769	467	259	52	5	—	—	—	—
2	910	92	259	403	134	17	3	2	—	—
3	917	27	96	353	356	75	9	1	—	—
4	1 124	5	35	202	589	225	55	11	2	—
5	674	1	15	103	250	210	69	19	5	2
6	371	—	5	49	135	83	51	37	5	6
7	173	—	3	24	50	42	40	12	2	—
8	103	—	2	14	32	14	24	11	2	4
9 und mehr	125	—	1	25	39	15	19	14	6	6
zusammen	5 949	894	883	1 432	1 637	686	270	107	22	18
		davon: freifinanziert, steuerbegünstigt								
1	1 117	601	288	186	39	3	—	—	—	—
2	622	77	197	240	90	13	3	2	—	—
3	646	25	82	268	221	41	8	1	—	—
4	708	5	28	156	356	105	45	11	2	—
5	356	—	12	75	122	83	42	16	4	2
6	210	—	4	40	63	44	23	25	5	6
7	77	—	2	18	24	14	10	7	2	—
8	44	—	2	10	16	4	5	3	1	3
9 und mehr	73	—	1	15	23	7	6	9	6	6
zusammen	3 853	708	616	1 008	954	314	142	74	20	17
		öffentlich gefördert								
1	435	168	179	73	13	2	—	—	—	—
2	288	15	62	163	44	4	—	—	—	—
3	271	2	14	85	135	34	1	—	—	—
4	416	—	7	46	233	120	10	—	—	—
5	318	1	3	28	128	127	27	3	1	—
6	161	—	1	9	72	39	28	5	—	—
7	96	—	1	6	26	28	30	12	—	—
8	59	—	—	4	16	10	19	8	1	1
9 und mehr	52	—	—	10	16	8	13	5	—	—
zusammen	2 096	186	267	424	683	372	128	33	2	1

Haushalte, die eine Wohnfläche bis zur Höhe der benötigten Wohnfläche (§ 13 Abs. 3 WoGG) benutzten. Haushalte, die eine grössere Wohnfläche benutzten.

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).

Empfänger von Lastenzuschuss¹⁾ nach Haushaltsgrösse, Grösse, Baualter und Finanzierungsart d. Wohnung am 31. 12. 1967

Haushalte mit Familienmitgliedern	Insgesamt	Davon nutzten eine Wohnfläche von über bis qm								
		bis 40	40 bis 50	50 bis 65	65 bis 80	80 bis 90	90 bis 100	100 bis 110	110 bis 120	über 120
		Anzahl								
Insgesamt										
1	104	21	24	31	23	3	1	—	1	—
2	143	3	19	59	45	11	3	2	—	1
3	511	1	5	70	167	112	78	37	20	21
4	1 420	—	5	73	338	361	254	170	151	68
5	1 111	—	1	27	173	260	226	157	149	118
6	692	—	—	15	78	105	154	109	109	122
7	340	—	1	6	20	34	60	68	55	96
8	168	—	—	3	9	19	18	19	32	68
9 und mehr	163	—	—	4	8	13	23	18	19	78
zusammen	4 652	25	55	288	861	918	817	580	536	572
In bis Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen										
1	18	5	2	6	3	2	—	—	—	—
2	18	2	5	6	5	—	—	—	—	—
3	25	—	1	9	11	3	1	—	—	—
4	104	—	—	11	42	31	12	3	2	3
5	99	—	—	5	27	20	29	9	4	5
6	67	—	—	3	15	17	12	13	2	5
7	47	—	—	2	5	2	12	10	8	8
8	15	—	—	1	4	2	2	2	2	2
9 und mehr	20	—	—	3	1	1	5	4	3	3
zusammen	413	7	8	46	113	78	73	41	21	26
In nach Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen										
1	86	16	22	25	20	1	1	—	1	—
2	125	1	14	53	40	11	3	2	—	1
3	486	1	4	61	156	109	77	37	20	21
4	1 316	—	5	62	296	330	242	167	149	65
5	1 012	—	1	22	146	240	197	148	145	113
6	625	—	—	12	63	88	142	96	107	117
7	293	—	1	4	15	32	48	58	47	88
8	153	—	—	2	5	17	16	17	30	66
9 und mehr	143	—	—	1	7	12	18	14	16	75
zusammen	4 239	18	47	242	743	840	744	539	515	546
davon: freifinanziert, steuerbegünstigt										
1	55	10	14	16	12	1	1	—	1	—
2	77	1	7	39	23	5	2	—	—	—
3	217	1	2	44	73	35	29	14	6	13
4	483	—	3	43	151	117	65	54	27	23
5	348	—	1	13	73	71	63	57	32	38
6	249	—	—	9	47	34	48	40	31	40
7	115	—	—	4	7	13	21	30	17	23
8	53	—	—	2	4	5	7	6	12	17
9 und mehr	57	—	—	1	4	4	9	9	11	21
zusammen	1 654	12	27	171	394	285	245	208	137	175
öffentlich gefördert										
1	31	6	8	9	8	—	—	—	—	—
2	48	—	7	14	17	6	1	2	—	1
3	269	—	2	17	83	74	48	23	14	8
4	833	—	2	19	145	213	177	113	122	42
5	664	—	—	9	73	169	134	91	113	75
6	376	—	—	3	16	54	94	56	76	77
7	178	—	1	—	8	19	27	28	30	65
8	100	—	—	—	1	12	9	11	18	49
9 und mehr	86	—	—	—	3	8	9	7	5	54
zusammen	2 585	6	20	71	354	555	499	331	378	371

Haushalte, die eine Wohnfläche bis zur Höhe der benötigten Wohnfläche (§ 13 Abs. 3 WoGG) benutzen.

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).

**Empfänger von Wohngeld nach Baualter, Finanzierungsart und qm - Miete / Belastung der Wohnung
am 31. 12. 1967**

Wohnung ... bezugsfertig-geworden	Davon mit einer tatsächlichen qm-Miete / Belastung von ... bis unter ... DM																	
	Insgesamt		unter 1,00		1,00 bis 1,50		1,50 bis 2,00		2,00 bis 2,50		2,50 bis 3,00		3,00 bis 3,50		3,50 bis 4,00		4,00 und	
Finanzierungsart	Anzahl	%	Anzahl															
Empfänger von Mietzuschuss																		
bis Mitte 1948	1 940	24,1	25	248	636	586	287	110	34	14								
nach Mitte 1948	6 097	75,9	9	308	937	1 643	1 931	767	321	181								
davon:																		
öffentlich gefördert	2 189	35,9	2	73	253	663	1 022	147	23	6								
freifinanziert, steuerbegünstigt	3 908	64,1	7	235	684	980	909	620	298	175								
zusammen	8 037	100,0	34	556	1 573	2 229	2 218	877	355	195								
%		100,0	0,4	6,9	19,6	27,7	27,6	10,9	4,4	2,5								
Empfänger von Lastenzuschuss																		
bis Mitte 1948	417	8,8	-	25	67	129	117	77	2	-								
nach Mitte 1948	4 323	91,2	27	198	611	982	953	737	489	326								
davon:																		
öffentlich gefördert	2 639	61,0	12	99	364	592	619	481	302	170								
freifinanziert, steuerbegünstigt	1 684	39,0	15	99	247	390	334	256	187	156								
zusammen	4 740	100,0	27	223	678	1 111	1 070	814	491	326								
%		100,0	0,6	4,7	14,3	23,4	22,5	17,2	10,4	6,9								
Wohngeldempfänger insgesamt																		
bis Mitte 1948	2 357	18,4	25	273	703	715	404	187	36	14								
nach Mitte 1948	10 420	81,6	36	506	1 548	2 625	2 884	1 504	810	507								
davon:																		
öffentlich gefördert	4 828	46,3	14	172	617	1 255	1 641	628	325	176								
freifinanziert, steuerbegünstigt	5 592	53,7	22	334	931	1 370	1 243	876	485	331								
Insgesamt	12 777	100,0	61	779	2 251	3 340	3 288	1 691	846	521								
%		100,0	0,5	6,1	17,6	26,2	25,7	13,2	6,6	4,1								

**Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieneinkommens der Wohngeldempfänger 1),
am 31. 12. 1967**

Begrenzung des Wohngeldes	Insgesamt		Davon mit einem Belastungsgrad von ... bis unter ... % des Tragbarkeitssatzes						
			0 2)	unter 1	1 bis 3	3 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 und mehr
	Anzahl	%	Anzahl						
Empfänger von Mietzuschuss									
Obergrenze	615	7,8	11	100	155	121	138	39	51
Benötigte Wohnfläche	2 050	26,1	14	254	506	384	520	202	170
Kappung	548	7,0	31	121	159	70	97	20	50
Obergrenze und Wohnfläche	199	2,5	—	6	21	31	69	39	33
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	113	1,5	—	—	3	4	27	25	54
Obergrenze und Kappung	161	2,1	1	2	13	31	47	26	41
Wohnfläche und Kappung	599	7,6	2	3	56	56	144	104	234
Zusammen	4 285	54,6	59	486	913	697	1 042	455	633
Keine Begrenzung	3 559	45,4	1 818	1 647	52	17	14	—	11
Insgesamt	7 844	100,0	1 877	2 133	965	714	1 056	455	644
Empfänger von Lastenzuschuss									
Obergrenze	424	9,1	2	51	111	86	139	13	2
Benötigte Wohnfläche	2 088	44,9	19	183	434	365	667	285	135
Kappung	64	1,4	2	23	28	4	3	—	4
Obergrenze und Wohnfläche	402	8,6	1	4	16	35	142	106	98
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	205	4,4	—	1	3	8	54	52	87
Obergrenze und Kappung	115	2,5	1	2	16	27	47	12	10
Wohnfläche und Kappung	180	3,9	—	4	14	25	49	46	42
Zusammen	3 478	74,8	25	268	622	550	1 121	514	378
Keine Begrenzung	1 174	25,2	799	354	8	2	5	3	3
Insgesamt	4 652	100,0	824	622	630	552	1 126	517	381
Wohngeldempfänger insgesamt									
Insgesamt	12 496	100,0	2 701	2 755	1 595	1 266	2 182	972	1 025
Darunter:									
keine Begrenzung	4 733	37,9	2 617	2 001	60	19	19	3	14

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).

2) Belastungsgrad gleich oder unter dem Tragbarkeitssatz.

**Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieneinkommens der Mietzuschussempfänger ¹⁾
nach Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967**

Begrenzung des Wohngeldes	Ins- gesamt	Davon mit einem Belastungsgrad von ... bis unter ...% des Tragbarkeitssatzes						
		0 ²⁾	unter 1	1 bis 3	3 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 und mehr
		Anzahl						
In bis Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
Obergrenze	317	4	33	76	72	82	26	24
Benötigte Wohnfläche	517	4	50	116	87	127	70	63
Kappung	94	8	16	23	13	19	2	13
Obergrenze und Wohnfläche	99	—	2	11	10	34	21	21
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	48	—	—	—	—	14	7	27
Obergrenze und Kappung	40	—	—	—	9	8	5	17
Wohnfläche und Kappung	99	—	—	8	2	17	18	54
Zusammen	1 214	16	101	235	193	301	149	219
Keine Begrenzung	681	327	328	13	6	4	—	3
Insgesamt	1 895	343	429	248	199	305	149	222
In nach Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
Obergrenze	298	7	67	79	49	56	13	27
Benötigte Wohnfläche	1 533	10	204	390	297	393	132	107
Kappung	454	23	105	136	57	78	18	37
Obergrenze und Wohnfläche	100	—	4	10	21	35	18	12
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	65	—	—	3	4	13	18	27
Obergrenze und Kappung	121	1	2	12	22	39	21	24
Wohnfläche und Kappung	500	2	3	48	54	127	86	180
Zusammen	3 071	43	385	678	504	741	306	414
Keine Begrenzung	2 878	1 491	1 319	39	11	10	—	8
Insgesamt	5 949	1 534	1 704	717	515	751	306	422
d a v o n : freifinanziert , steuerbegünstigt								
Obergrenze	235	3	51	58	39	45	13	26
Benötigte Wohnfläche	952	5	125	224	163	251	101	83
Kappung	326	12	74	104	41	55	13	27
Obergrenze und Wohnfläche	56	—	2	7	10	22	11	4
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	58	—	—	3	2	13	17	23
Obergrenze und Kappung	114	—	2	12	21	37	19	23
Wohnfläche und Kappung	322	1	3	27	21	83	63	124
Zusammen	2 063	21	257	435	297	506	237	310
Keine Begrenzung	1 790	934	809	25	7	8	—	7
Insgesamt	3 853	955	1 066	460	304	514	237	317
öffentlich finanziert								
Obergrenze	63	4	16	21	10	11	—	1
Benötigte Wohnfläche	581	5	79	166	134	142	31	24
Kappung	128	11	31	32	16	23	5	10
Obergrenze und Wohnfläche	44	—	2	3	11	13	7	8
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	7	—	—	—	2	—	1	4
Obergrenze und Kappung	7	1	—	—	1	2	2	1
Wohnfläche und Kappung	178	1	—	21	33	44	23	56
Zusammen	1 008	22	128	243	207	235	69	104
Keine Begrenzung	1 088	557	510	14	4	2	—	1
Insgesamt	2 096	579	638	257	211	237	69	105
Insgesamt								
Obergrenze	615	11	100	155	121	138	39	51
Benötigte Wohnfläche	2 050	14	254	506	384	520	202	170
Kappung	548	31	121	159	70	97	20	50
Obergrenze und Wohnfläche	199	—	6	21	31	69	39	33
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	113	—	—	3	4	27	25	54
Obergrenze und Kappung	161	1	2	13	31	47	26	41
Wohnfläche und Kappung	599	2	3	56	56	144	104	234
Zusammen	4 285	59	486	913	697	1 042	455	633
Keine Begrenzung	3 559	1 818	1 647	52	17	14	—	11
Insgesamt	7 844	1 877	2 133	965	714	1 056	455	644

- 1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).
2) Belastungsgrad gleich oder unter dem Tragbarkeitssatz.

Begrenzung des Wohngeldes und Belastungsgrad des Familieninkommens der Lastenzuschussempfänger¹⁾
nach Baualter und Finanzierungsart der Wohnung am 31. 12. 1967

Begrenzung des Wohngeldes	Ins- gesamt	Davon mit einem Belastungsgrad von ... bis unter ...% des Tragbarkeitssatzes						
		0 2)	unter 1	1 bis 3	3 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 und mehr
		Anzahl						
In bis Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
Obergrenze	139	1	12	33	25	61	6	1
Benötigte Wohnfläche	82	2	11	26	9	20	9	5
Kappung	3	—	—	1	—	—	—	2
Obergrenze und Wohnfläche	85	—	1	5	11	36	25	7
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	4	—	—	—	—	—	—	4
Obergrenze und Kappung	1	—	—	—	—	—	—	1
Wohnfläche und Kappung	4	—	—	—	—	—	—	4
Zusammen	318	3	24	65	45	117	40	24
Keine Begrenzung	95	65	29	1	—	—	—	—
Insgesamt	413	68	53	66	45	117	40	24
In nach Mitte 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen								
Obergrenze	285	1	39	78	61	98	7	1
Benötigte Wohnfläche	2 006	17	172	408	356	647	276	130
Kappung	61	2	23	27	4	3	—	2
Obergrenze und Wohnfläche	317	1	3	11	24	106	81	91
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	201	—	1	3	8	54	52	83
Obergrenze und Kappung	114	1	2	16	27	47	12	9
Wohnfläche und Kappung	176	—	4	14	25	49	46	38
Zusammen	3 160	22	244	557	505	1 004	474	354
Keine Begrenzung	1 079	734	325	7	2	5	3	3
Insgesamt	4 239	756	569	564	507	1 009	477	357
davon: freifinanziert, steuerbegünstigt								
Obergrenze	160	—	22	38	27	67	5	1
Benötigte Wohnfläche	654	6	66	149	124	178	78	53
Kappung	20	2	5	8	2	2	—	1
Obergrenze und Wohnfläche	139	1	3	5	10	43	30	47
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	77	—	1	1	1	17	20	37
Obergrenze und Kappung	36	—	1	3	4	18	3	7
Wohnfläche und Kappung	59	—	2	2	6	18	18	13
Zusammen	1 145	9	100	206	174	343	154	159
Keine Begrenzung	509	346	153	3	2	2	1	2
Insgesamt	1 654	355	253	209	176	345	155	161
öffentlich finanziert								
Obergrenze	125	1	17	40	34	31	2	—
Benötigte Wohnfläche	1 352	11	106	259	232	469	198	77
Kappung	41	—	18	19	2	1	—	1
Obergrenze und Wohnfläche	178	—	—	6	14	63	51	44
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	124	—	—	2	7	37	32	46
Obergrenze und Kappung	78	1	1	13	23	29	9	2
Wohnfläche und Kappung	117	—	2	12	19	31	28	25
Zusammen	2 015	13	144	351	331	661	320	195
Keine Begrenzung	570	388	172	4	—	3	2	1
Insgesamt	2 585	401	316	355	331	664	322	196
Insgesamt								
Obergrenze	424	2	51	111	86	159	13	2
Benötigte Wohnfläche	2 088	19	183	434	365	667	285	135
Kappung	64	2	23	28	4	3	—	4
Obergrenze und Wohnfläche	402	1	4	16	35	142	106	98
Obergrenze, Wohnfläche u. Kappung	205	—	1	3	8	54	52	87
Obergrenze und Kappung	115	1	2	16	27	47	12	10
Wohnfläche und Kappung	180	—	4	14	25	49	46	42
Zusammen	3 478	25	268	622	550	1 121	514	378
Keine Begrenzung	1 174	799	354	8	2	5	3	3
Insgesamt	4 652	824	622	630	552	1 126	517	381

- 1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche (§ 13 Abs. 4 und 5 WoGG).
2) Belastungsgrad gleich oder unter dem Tragbarkeitssatz.

Belastungsgrad der Wohngeldempfänger 1) vor und nach der Gewährung von Wohngeld
am 31. 12. 1967

Belastungsgrad vor Gewährung des Wohngeldes von ... bis unter ... %	Ins-gesamt	Davon mit einem Belastungsgrad nach Gewährung des Wohngeldes vor ... bis unter ... %											
		- 5 bis 7	7 bis 10	10 bis 12	12 bis 14	14 bis 16	16 bis 18	18 bis 20	20 bis 22	22 bis 24	24 bis 26	26 bis 30	30 und mehr
Anzahl													
Hauptmieter mit Mietzuschuss													
unter 8	29	28	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 bis 10	63	44	19	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 bis 12	136	57	67	81	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12 bis 14	256	51	92	109	72	-	-	-	-	-	-	-	-
14 bis 16	522	48	106	123	261	75	-	-	-	-	-	-	-
16 bis 18	857	51	107	123	238	181	33	-	-	-	-	-	-
18 bis 20	990	36	74	94	209	223	19	-	-	-	-	-	-
20 bis 22	918	28	73	81	209	187	61	-	-	-	-	-	-
22 bis 24	852	29	74	77	182	133	84	10	-	-	-	-	-
24 bis 26	689	8	46	58	158	135	85	20	5	-	-	-	-
26 bis 30	948	19	71	54	182	166	119	62	39	13	-	-	-
30 und mehr	1 703	46	79	108	128	191	157	157	125	159	172	174	174
zusammen	7 963	443	809	801	1 572	1 566	576	420	249	169	222	192	192
Empfänger von Lastenzuschuß													
unter 8	8	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 bis 10	35	13	22	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 bis 12	69	24	33	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12 bis 14	131	13	50	61	40	-	-	-	-	-	-	-	-
14 bis 16	296	16	51	61	151	42	-	-	-	-	-	-	-
16 bis 18	442	16	45	64	148	126	39	-	-	-	-	-	-
18 bis 20	530	11	33	53	137	132	116	23	-	-	-	-	-
20 bis 22	591	8	23	25	109	106	117	78	21	-	-	-	-
22 bis 24	540	2	17	15	60	76	88	91	64	-	-	-	-
24 bis 26	488	8	14	18	42	66	115	124	70	38	-	-	-
26 bis 30	700	10	8	18	37	28	76	104	118	184	222	192	192
30 und mehr	910	3	8	18	13	28	47	104	119	200	222	192	192
zusammen	4 740	132	304	394	616	754	551	420	333	200	222	192	192
Wohngeldempfänger insgesamt													
unter 8	37	36	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 bis 10	98	57	41	26	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 bis 12	205	79	100	126	55	-	-	-	-	-	-	-	-
12 bis 14	387	64	142	192	293	112	-	-	-	-	-	-	-
14 bis 16	818	64	157	186	365	412	117	-	-	-	-	-	-
16 bis 18	1 299	67	152	158	365	464	307	42	-	-	-	-	-
18 bis 20	1 520	47	107	134	308	360	214	42	-	-	-	-	-
20 bis 22	1 509	36	96	102	242	310	201	139	31	-	-	-	-
22 bis 24	1 392	37	91	73	200	198	173	151	84	17	-	-	-
24 bis 26	1 177	10	60	72	219	232	234	214	191	109	51	-	-
26 bis 30	1 648	29	79	72	219	232	236	294	276	243	343	366	366
30 und mehr	2 613	49	87	126	141	219	236	294	276	243	343	366	366
zusammen	12 703	575	1 113	1 195	2 188	2 320	1 634	840	582	369	394	366	366

1) Ohne Untermieter, Eigentümer in Mehrfamilienhäusern.